

**DEUTSCHER BUNDESTAG**

16. Wahlperiode

**Enquete-Kommission**

**„Kultur in Deutschland“**

Protokoll Nr. 16/17

Bearbeiterin: Kristina Volke

## **Wortprotokoll**

der 17. Sitzung

(öffentlich)

der Enquete-Kommission

"Kultur in Deutschland"

am Montag, dem 6.11.2006 von 13:00 bis 16:45 Uhr

in den Uckermärkischen Bühnen Schwedt /Oder

### **Einzigiger Tagesordnungspunkt**

Öffentliche Anhörung zum Thema

„Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kultur“

Vorsitz: Abgeordnete Gitta Connemann

**Anwesende Experten:**

**Hajo Cornel** (in Vertretung der Ministerin Frau Professor Johanne Wanka, Leiter der Abteilung Kultur im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur)

**Lutz Hermann** (Erster Beigeordneter des Bürgermeisters der Stadt Schwedt)

**Reiner Simon** (Intendant der Uckermärkischen Bühnen Schwedt)

**Kathrin Frese** (Geschäftsführerin des Multikulturellen Centrums Templin e.V.):

**Christoph Wichtmann** (Geschäftsführer der Uckermärkischen Musikwochen e.V.):

**Pfr. Christhard-Georg Neubert** (Direktor der Kulturstiftung St. Matthäus und Kunstbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz)

**Armin Schubert** (Geschäftsführer Kinder- und Jugend-Kunstgalerie Sonnensegel e.V.)







Beginn: 13:00 Uhr

**Die Vorsitzende:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich heiÙe Sie ganz herzlich im Namen der Enquete-Kommission willkommen und möchte mich gleich zu Beginn bei Herrn Simon, dem Intendanten der Uckermärckischen Bühnen Schwedt, dafür bedanken, dass wir heute Ihre Gastfreundschaft genießen dürfen. Wir, das heißt die Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland", wollen uns heute hier in Schwedt mit dem Thema „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kultur“ beschäftigen. Der demografische Wandel ist inzwischen eines der zentralen Themen für Politik in Deutschland. Aber auch die Medien haben erkannt, dass Deutschland wie viele andere europäische Staaten auch vor einer der größten Herausforderungen der Gegenwart steht. Die Zukunftsszenarien, die von den demografischen Prognosen ausgehen, sind ohne historische Parallelen. Das heißt, wir können nicht aus der Vergangenheit lernen, sondern müssen für die Zukunft selbst Lösungen entwickeln. Einerseits wird es wohl darum gehen müssen, die Bilder von Wachstum, von gleichmäßig verteiltem Wohlstand, von einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, auch von einer relativen Ausgewogenheit der Regionen und Länder zu überprüfen. Andererseits verändern sich die Regionen, die von Abwanderung betroffen sind, hinsichtlich ihrer sozialen und „generativen“ Zusammensetzung. Dabei hören wir immer wieder von Stichworten wie „Überalterung“ oder „Unterjüngung“, von „Männerüberschuss“ und „brain drain“. Das sind allesamt Negativbilder, und sie signalisieren, dass wir vor einem vehementen gesellschaftlichen Problem stehen. Das ist politisch inzwischen hinreichend bekannt. Der demografische Wandel wird deshalb immer häufiger in die politischen Prozesse einbezogen. Woran es aber mangelt, sind erstens Erkenntnisse, welche Chancen und Potentiale in dieser Entwicklung liegen und zweitens die Wahrnehmung der Auswirkungen auf den Bereich der Kultur und Kulturpolitik. Eine Umfrage, die wir in Auftrag gegeben hatten, zeigte,

dass der demografische Wandel in fast jedem Land in Deutschland politisch bearbeitet und in Konzepte eingebettet wird. Mit Ausnahme der Kultur. Sie scheint außen vor zu bleiben, weil die anderen Politikfelder wichtiger erscheinen. Eine Ausnahme stellt dabei Brandenburg dar, wo man die Zeichen der Zeit im Hinblick auf die Demografie offensichtlich frühzeitig erkannt hat und sicherlich auch erkennen musste, weil die Abwanderung seit 1990 zu den zentralen Problemlagen des Landes zählt. Sie sehen, wir haben unseren heutigen Sitzungsort mit Bedacht gewählt. Normalerweise tagt die Enquete-Kommission in Berlin und wandert nicht durch das Land, aber in diesem Fall wollten wir eine Ausnahme machen, um uns vor Ort einen Eindruck von der Lage zu verschaffen. In der schriftlichen Stellungnahme des Ministeriums konnte man lesen, dass sich zwischen 1990 bis voraussichtlich 2030 die Bevölkerung um mehr als 50 % reduzieren wird. Das ist natürlich erheblich.

Die Themen, die kulturpolitisch bedeutsam sind, liegen auf der Hand: Die sinkenden Bevölkerungszahlen lassen eine geringere Auslastung der vorhandenen Kultureinrichtungen vermuten. Wir freuen uns deshalb besonders, dass heute Vertreter von Kultureinrichtungen hierher kamen, um uns von ihren Erfahrungen zu berichten. Es liegt auf der Hand, dass die prozentuale Zunahme von Älteren bei gleichzeitiger Abnahme von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen neue Strategien der Publikumsgewinnung erfordern. Auch da erhoffen wir uns von Ihnen Aufschluss. Es liegt weiterhin auf der Hand, dass die durch Abwanderung betroffenen Kommunen immer geringere Finanzmöglichkeiten haben, um ihre kulturellen Institutionen zu finanzieren – so dass gegebenenfalls neue Konzepte für interkommunale Zusammenarbeit gefordert sind, für Umlandfinanzierung, für mobile Angebote. Und natürlich wird der wachsende Leerstand in Städten und Dörfern die kulturhistorische Bausubstanz irgendwann nachteilig bedrohen.

Die Palette der spezifischen Probleme im Bereich der Kultur ist mit diesen Stichworten nur angerissen. Es gibt sicherlich sehr viel mehr, über das wir uns heute mit h-

nen unterhalten wollen, meine Damen und Herren, weil wir davon ausgehen, dass Sie diese Probleme besser kennen und besser beschreiben können, als wir. Unsere Fragen sind Ihnen im Vorfeld mit dem Fragenkatalog zugegangen. Anders als sonst bei Anhörungen üblich, haben wir diesmal darauf verzichtet, uns die Fragen vorher schriftlich beantworten zu lassen, weil wir uns von Ihren direkten Schilderungen auch im Vergleich miteinander einen lebendigen und anregenden Eindruck erhoffen.

Frau Ministerin Professor Dr. Wanka hat sich für heute leider entschuldigen müssen, sie ist aber sachkundig durch Herrn Hajo Cornel vertreten. Er hatte uns ja auch bereits eine schriftliche Stellungnahme übersandt, die einen sehr guten Einblick in die Auswirkungen des demografischen Wandels nicht nur hier in der Uckermark, sondern in ganz Brandenburg, gibt. Bevor ich auf den weiteren Verlauf eingehen möchte, weise ich daraufhin, dass heute nur ein Teil der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" anwesend ist. Es war nicht allen Mitgliedern möglich, heute bei Ihnen zu erscheinen, weil parallel andere Ausschüsse tagen. Die anwesenden Mitglieder sind: Siegmund Ehrmann, Obmann der SPD-Fraktion, Simone Violka, Mitglied der SPD Fraktion, Undine Kurth, Obfrau von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Christoph Waitz, FDP Fraktion sowie die sachverständigen Mitglieder Prof. Dr. Schneider, Dr. Swatek, Helga Boldt, Prof. Dr. Kramer. Und zuguterletzt nenne ich mich als Mitglied der CDU/CSU Fraktion. Im Übrigen sind die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Kommission anwesend und auch die Fraktionsreferentinnen und -referenten. Der Ablauf ist bekannt. Für die Anhörung stehen uns nun in Folge der Verspätung nur noch knapp drei Stunden zur Verfügung.

Wie angekündigt, möchten wir Ihnen jetzt die Gelegenheit geben, die Fragen zu beantworten, die für Sie zutreffend sind. Dafür stehen jedem Experten zehn Minuten zur Verfügung. Da Sie uns bereits eine kurze Selbstdarstellung Ihrer Institution zugeschickt haben, müssen Sie sich nicht mehr ausführlich vorstellen. Ich schlage vor, dass Herr Cornel, dessen schriftliche Stellungnahme vorliegt, beginnt.



**Hajo Cornel** (Leiter der Abteilung Kultur im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur): Frau Vorsitzende, herzlichen Dank. Sie haben ja schon auf die Stellungnahme Bezug genommen, deshalb kann ich mich darauf konzentrieren, einige Schlaglichter, die mir besonders wichtig erscheinen, hervorzuheben. Ich leite die Kulturabteilung im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Sie haben schon zu Recht darauf hingewiesen, dass die demografische Entwicklung im Land Brandenburg besonders früh und auch besonders heftig eingesetzt hat. Deshalb hat sich die Landesregierung schon sehr früh mit diesem Thema beschäftigt. Wir haben uns die Frage gestellt, welche Folgen für die Kultur zu erwarten sind. Im Land Brandenburg ist die demografische Entwicklung durch durchaus paradoxe Entwicklungen geprägt. Der Gesamtbevölkerungsrückgang liegt bei 15 %. Das ist eine ganze Menge, wenn man die Zeit bis 2020 betrachtet. Gleichwohl gibt es aber im Rahmen dieses absoluten Bevölkerungsrückganges starke regionale Disparitäten. Es gibt in der Tat Regionen, in denen sich die Bevölkerung in diesem Zeitraum halbiert haben wird. Es gibt aber genauso andere Räume, und das sind nahe liegender Weise die an Berlin grenzenden Gebiete, in denen die Bevölkerung in den kommenden Jahren sogar steigen wird. Das heißt, wir haben es mit einem mehrschichtigen Prozess zu tun. Er ist auf der einen Seite von Bewegung geprägt wie überall in der Bundesrepublik, andererseits in manchen Gegenden heftiger und mit einer altersmäßigen Umschichtung der Bevölkerung verbunden. Es gehört zu den Paradoxien, dass die Alterung insbesondere in den Teilen des Landes, die zukünftig mehr Bevölkerung haben, stärker ist als in den anderen Regionen. Was heißt das nun kulturpolitisch? Zum einen muss natürlich auf zu erwartenden Veränderungen der Nutzerinteressen reagiert werden. Dennoch ist heute wohl niemand in der Lage abschließend zu sagen, wie diese aussehen werden. Es erscheint aber durchaus plausibel anzunehmen, dass die Generation, die, sagen wir, in fünfzehn Jahren aus dem aktiven Berufsleben ausscheidet,

möglicherweise eine besonders kulturaktive Generation sein wird. Das heißt, Alterung oder höherer Altersdurchschnitt der Gesellschaft wird nicht bedeuten, dass man weniger Kulturangebote vorhalten muss. Wie sie ausgerichtet sein müssen, bleibt aus meiner Sicht allerdings offen. Es werden sich auch die Erwartungen der jüngeren Generationen ändern, und auch darauf muss reagiert werden. Hierbei machen wir in Brandenburg eine völlig überraschende Erfahrung: Die Schülerzahl im Land Brandenburg geht seit einigen Jahren dramatisch zurück. Es gibt Schulstandortschließungen in hoher Zahl – was natürlich zu entsprechenden Konflikten führt. Aber darum geht es hier nicht. Also es werden deutlich weniger Schüler an allgemeinbildenden Schulen ausgebildet, aber die Nutzerzahlen an den Musikschulen steigen. Sie sind nicht nur konstant geblieben, sondern gestiegen. Das ist eine aus unserer Sicht sehr schöne Entwicklung. Gleichwohl sie so auf den ersten Blick nicht zu erwarten war, zeigt sich, dass sich das Nutzerverhalten manchmal auf konträrliche Weise verändert. Offenbar ist es so, dass die Bereitschaft, in die Qualität der Ausbildung von Kindern zu investieren, wächst, gerade wenn sich die Zahlen verringern.

Der andere Aspekt bezieht sich auf die räumlichen Veränderungen, auf den starken Bevölkerungsrückgang in den peripheren Räumen. Deshalb ist der Ort Schwedt sicher richtig gewählt, um über dieses Thema zu reden. Aber Herr Hermann wird das noch im Einzelnen genauer ausführen, und auch Frau Connemann hat schon darauf hingewiesen, dass die Effekte sehr widersprüchlich sein können. Das kulturelle Erbe, so wie es sich etwa im Bereich der Baudenkmale ausdrückt, aber auch in historischen Sammlungen, in Archivbeständen etc., dieses kulturelle Erbe wandert ja nicht mit der Bevölkerung ab, sondern es bleibt vor Ort und will weiter gehegt und gepflegt werden. Auf der anderen Seite sollte man nicht vergessen, dass in diesem Prozess immer auch eine Chance liegt. Und diese Chancen kann man heute schon erkennen. Die Uckermark z.B. ist ein bevorzugter Ansiedlungsraum für Künstler geworden, für bildende Künstler oder Schriftsteller wie Botho Strauß, der sich nur wenige Kilometer

von hier entfernt vor einigen Jahren niedergelassen hat. Gerade entleerte Räume bieten Anreiz für kreative Menschen, die Ruhe suchen. Sicher die Ruhe, die nicht allzu weit von einer Metropole entfernt liegt – aber genau darin liegt eine Chance. Eine weitere liegt im Kulturtourismus. Die vielleicht größte der kulturpolitischen Herausforderungen ist aber die Daseinsvorsorge für die dagebliebene Bevölkerung, und diese wird nicht mehr mit bekannten Instrumentarien hinreichend zu gewährleisten sein. Man muss davon ausgehen, dass es notwendig wird, Kulturangebote stärker mit Mobilität zu verbinden. Wobei immer die Frage ist, wer sich mehr bewegen muss: der Nutzer oder das Kulturangebot. Dafür wird es sicherlich keine allgemeingültige Formel, sondern nur konkrete Antworten geben. Die entscheidende, und darauf hat Frau Connemann schon kurz hingewiesen, die entscheidende Schwierigkeit, die sich in diesem ganzen Prozess ergibt, ist eine mittelbare Folge der demografischen Entwicklung: die Finanzkraft. Denn in der Regel sind alle Finanzströme, alle Transferleistungen aber auch alle selbst erzeugten Finanzquellen immer abhängig von der Bevölkerung. Und zwar sowohl von ihrer Anzahl, als auch von ihrer Zusammensetzung. In dieser Hinsicht ist die Gesamtentwicklung sicher sehr ungünstig, im Land Brandenburg besonders. Wir würden selber nicht behaupten, dass wir für diese Probleme schon eine abschließende Lösung gefunden hätten. Auf jeden Fall wird es neben der Mobilität wichtig sein, dass die Träger der Kultur und diejenigen, die die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen, noch stärker als bisher kooperieren, dass die interkommunale Zusammenarbeit deutlich verstärkt wird. Ohne solche integrativen Konzepte wird das nicht zu schaffen sein. Die Landesregierung wird versuchen, solche Prozesse zu motivieren, wir werden etwa in der nächsten EU-Strukturfondförderperiode mit EFRE-Mitteln versuchen, Anreize zu schaffen, die kulturelle Infrastruktur so umzubauen, dass solche kooperativen Prozesse auch auf kommunaler Ebene besser möglich werden.

Zum Abschluss, einen herzlichen Dank, dass Sie hierher gekommen sind. Die Uckermark und die Stadt Schwedt sind ein Paradigma für die Probleme, aber auch für den Chancen, vor den wir stehen. Die nordwestliche Uckermark ist immerhin eine Region, die nach den Kriterien der EU als unbewohnt gilt. Darin liegt schon eine Herausforderung. Ich danke Ihnen.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Cornel. Ihr Kurzvortrag hat auch deutlich gemacht, dass sich das Land Brandenburg sehr frühzeitig mit den Problemen auseinandersetzt hat. Ich möchte jetzt überleiten zu unserem eigentlichen Gastgeber, nämlich der Stadt Schwedt, hier vertreten durch den Ersten Beigeordneten Lutz Hermann. Wir sind Ihnen außerordentlich dankbar, dass Sie heute die Sichtweise der Kommune vertreten. Herr Hermann, bitte.

**Lutz Hermann** (Erster Beigeordneter des Bürgermeisters der Stadt Schwedt): Frau Connemann, dass tue ich gern. Herzlich Willkommen, meine Damen, meine Herren, hier in der Stadt Schwedt an den Uckermärkischen Bühnen. Wir freuen uns tatsächlich, dass Sie unsere Stadt als Austragungsort dieser Anhörung gewählt haben. Wir meinen, dass wir sehr wohl exemplarisch dazu beitragen können, zu klären, was unter den Begriff demoskopische Veränderungen in unserer Gesellschaft ist. Ich habe einige wenige Folien mitgebracht, um Ihnen einen kurzen Eindruck zu geben, was demografische Veränderungen in unserer Stadt bedeuten. Ich beginne im Jahr 1980: In den früheren 80er Jahren erreichte die Stadt Schwedt ihre größte Bevölkerungszahl. Im Jahr 1958 lebten in dieser Stadt nur 6.000 Menschen. Bis 1980 wurden es knapp 55.000 Einwohner. Im Zeitraum von 1990 bis heute verringerte sich die Gesamteinwohnerschaft von gut 50.000 auf 36.000. Und wir gehen davon aus, dass dieser Prozess in den nächsten Jahren noch weiter anhält und sich, ich gehe von einer asymptotischen Verlaufskurve aus, im Jahr 2012 bis 2015 in der Größenord-

nung von dann wahrscheinlich um die 30.000 Einwohner einpendeln wird. Für die gesamte Uckermark ist diese Situation vergleichbar. Ausgehend von ca. 165.000 Einwohnern des Gebietes der Uckermark im Jahre 1990, bewegen wir uns derzeit in einer Größe von unter 140.000. Die jüngsten Veröffentlichungen der Bertelsmannstudie gehen davon aus, dass die Uckermark wieder in die Größenordnung ihrer historischen Besiedlung zurückfallen wird. Man erwartet also eine Besiedelungsstärke in der Größenordnung um 100.000 Einwohner jenseits des Jahres 2020. Die Problematik des so genannten unbesiedelten Gebietes – Herr Cornel ist bereits darauf eingegangen –, haben wir schon heute. Bezüglich der Einwohnerdichte befinden wir uns hier in einer der bevölkerungsärmsten Region der Bundesrepublik.

Ich will kurz auf den Lebensbaum der Stadt Schwedt eingehen. Schwedt ist synthetisch durch Zuzug entstanden in den Jahren 1960 bis 1970. Sie sehen das an den Diagrammen: Wir entfernen uns von der demoskopischen Ideallinie immer mehr, die derzeit nachwachsenden Jahrgänge werden immer schwächer. Eine weitere Übersicht macht deutlich, dass der Verlust von mehr als 17.000 Einwohnern das eine ist, das andere aber die Dynamik im Inneren der Stadt. Bei einer Größenordnung von derzeit knapp unter 37.000 Einwohnern stehen 39.500 Fortzügen 22.500 Zuzüge gegenüber. Zwei Drittel der Stadtbevölkerung mussten sich in den letzten fünfzehn Jahren räumlich neu verorten. Und das kann, ich denke, Sie können das nachvollziehen, eine Stadtgesellschaft wirklich bis an die Grenzen dessen bringen, was sie in ihrem Inneren zu leisten vermag. Ich will überleiten zu den Schlussfolgerungen, die wir nicht zuletzt der Kulturpolitik zu ziehen hatten. Meine Damen und Herren, Sie sind in der Materie soweit zu Hause, dass Sie sicher Verständnis dafür haben, wenn ich Kulturpolitik sage, im Grunde aber Finanzpolitik meinen muss. In einer Stadt wie dieser, die vordergründig auf Transferleistungen im Rahmen der gesamten Finanzierung städtischer Haushalte angewiesen ist, ist gerade die Einwohnerzahl eine der wesentlichsten Größen zur Darstellung der finanziellen Haushaltswirtschaft der Stadt.

Wir haben diesen Abschwung also auch über unsere Stadtkasse abzubilden und diesen Wandel im politischen Raum zu gestalten. Daraus ist ein Prozess geworden, den wir in seiner Summe heute als Stadtumbauprozess bezeichnen. Die Stadt Schwedt ist glücklicherweise in diesem Umbauprozess ein sehr gutes Stück vorangekommen. Dazu gehören natürlich auch der Umbau der kulturellen Infrastruktur und die Veränderung der Angebote für die städtische Bevölkerung, die diesen wesentlichen Veränderungen unterworfen ist. Wichtig war, dass wir diesen Prozess so frühzeitig wie möglich angehen. Wir waren eine der ersten Städte überhaupt, die bereits in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine städtische Kulturentwicklungsplanung vorgelegt haben, die versuchte, diese Probleme abzubilden. Wenngleich wir damals noch nicht im Entferntesten geahnt haben, welche Dynamik dieser Prozess noch einmal nehmen würde. Wir haben von Anfang an versucht, städtische und kulturelle Infrastruktur so zusammen zu binden, dass wir dieser sich in Veränderung befindlichen städtischen Gesellschaft ein adäquates Angebot machen konnten, welches nicht den Eindruck eines Notangebotes darstellt, sondern den wesentlichen Bedarf dieser verändernden Stadt abbildet. In einem der Produkte dieses Prozesses, meine Damen und Herren, befinden Sie sich, hier in den Uckermärkischen Bühnen. Ich freue mich, dass Reinhard Simon nachher noch etwas zu seinem Haus sagen wird. Denn die Entscheidung, aus zwei separat geführten Einrichtungen vom Charakter einer Stadthalle und einem kleinen Stadttheater zusammenzuführen, war die erste gravierende entwicklungsplanerische Leistung. Sie wurde bereits im Herbst 1990 gefällt. Herausgekommen ist eine Verbindung der beiden Häuser durch ein Veranstaltungs- und Tagungshaus. Und das hat uns in die Möglichkeit versetzt, diese Institution in seiner Variabilität erheblich zu erweitern und damit für uns wirtschaftlich tragfähig zu gestalten. Weitere Prozesse haben sich dem angeschlossen. Wir haben die erste Kulturentwicklungsplanung von 1993/1994 weitergeführt und im Jahr 2000 durch eine Initiative komplett ersetzt, die vom Land ausging, um möglichst einer Vielzahl von Kom-

munen, Landkreisen die Möglichkeit der Kulturentwicklungsplanung zu ermöglichen. 2004/2005 haben wir sie erneut fortgeschrieben. Unser Ziel war es, die infrastrukturellen Möglichkeiten dieser Stadt anzupassen, damit wir um diesen kulturellen, kulturpolitischen und haushaltspolitischen Schwerpunkt, der nun auf den Uckermärkischen Bühnen liegt, herum eine für eine kleine Mittelstadt angemessene kulturelle Infrastruktur vorhalten können. Wir konnten das, weil wir zum einen in der gesamten Frage der städtischen Politik ausdrücklich Schwerpunkte im kulturellen Bereich gesetzt haben. Und in Kultur einen wesentlichen Identifikationspunkt gefunden haben – gerade innerhalb dieser ungeheuer dynamischen Veränderungsprozesse. Und wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Bevölkerung das auch angenommen hat. Auf diese Weise spiegelt sich der gigantische Abschwung an Gesamtbevölkerung eben nicht annähernd in den Nutzerzahlen unserer kulturellen Institutionen wieder. Das heißt, die Angebote, die wir gemacht haben, waren so, dass sie akzeptiert und in einem stärkeren Maße angenommen wurden. Insofern kann Kulturpolitik sehr wohl Schwerpunkte setzen.

Zur Problematik interkommunale Kooperationen: Diese bleiben für uns innerhalb der Grenzen Deutschlands ein schwieriges Unterfangen. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass wir uns hier in einer außerordentlich dünn besiedelten Gegend befinden. So ist es für uns sehr schwierig, mit vergleichbaren Kommunen zu kooperieren. Interkommunale Kooperationen zu beiderseitigem Vorteil, das möchte ich hier deutlich anmerken, funktionieren allerdings über die Grenze der Bundesrepublik hinaus mit unseren Partnern jenseits der Oder. Zu einer Vielzahl von Kulturprojekten waren wir nur in der Lage, weil wir die interkommunale Kooperation mit unseren polnischen Nachbarn erschließen und nutzen konnten. Vieles von dem, was wir heute leisten, wäre uns nicht möglich ohne diese grenzenübergreifende interkommunale Zusammenarbeit.

Zu Ihrer Frage nach dem bürgerschaftlichen Engagement: Tatsächlich ist bürgerschaftliches Engagement für uns durchaus ein Garant, Einrichtungen vorhalten zu können. Ich will an dieser Stelle gerne einräumen, dass wir hier über Ansätze nicht hinausgekommen sind. Wir konnten eine bisher kommunal getragene Einrichtung, die wir auf diesem Wege nicht mehr leisten konnten, durch bürgerschaftliches Engagement in einem Zusammenwirken von Kommune und in dem Fall einer Vereinsstruktur weiterführen. Derartige Modelle sind sicher kein Allheilmittel, das will ich hier deutlich machen. Es wird immer Kernpunkte für unmittelbar öffentliches Handeln im Rahmen der kommunalen Kulturpolitik und der kulturellen Infrastruktur geben müssen. Bürgerschaftliches Engagement kann aber sehr wohl ergänzen, und wir sehen in dieser Ergänzung auch zukünftig noch Möglichkeiten, weiterzugestalten.

Fragen von kultureller Jugend- und Erwachsenenbildung sind für uns diesbezüglich ein Problem. Sie haben vielleicht noch die Lebensbäume vor Augen, die eine Abnahme der Anzahl von Kindern und Jugendlichen zeigen. Auf der anderen Seite registrieren wir ein wesentlich intensiveres Nutzerverhalten, wenn wir uns etwa das Beispiel der städtischen Musik- und Kunstschulen vor Augen halten. Hier haben wir eine relativ ausgeglichene Nutzerstruktur, aber wir hatten auch bereits ein Schwergewicht auf den Zuwachs von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern gesetzt. Dabei haben wir insbesondere Konzepte kultureller Erwachsenenbildung mit der Zielgruppe von Einwohnerinnen und Einwohnern des höheren Lebensalters gesetzt. Wir stellen uns diesen im Rahmen der freien Kulturförderung, aber auch institutionell mit speziellen Angeboten, etwa in der Musik- und Kunstschule. Ich betone, dass dieses Feld keinesfalls konfliktfrei ist. Es gibt innerhalb der Kommunalpolitik regelmäßig spannende Diskussionen darüber, ob gerade diese Zielgruppe der Lebensälteren eine adäquate Zielgruppe kommunaler Förderung sein müsste, oder ob nicht allein aus den Gründen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit erwartet werden kann, dass diesbezüglich nicht unbedingt noch mit einem geförderten Angebot reagiert werden muss.



In diesem Spannungsfeld befinden wir uns regelmäßig und es wird uns auch noch ein Gutstück weiter beschäftigen.

Kurz noch eine Anmerkung zur Frage, ob Kulturpolitik in diesem Prozess gestalten kann: Inzwischen, und dieser Prozess dauert, wie Sie gesehen haben, nunmehr seit fünfzehn Jahren an, ist Kulturpolitik ein mitgestaltendes Projekt, denn Kulturpolitik und Formen von kulturellem Engagement haben sich als geeignet erwiesen, identitätssteigernd zu wirken. Darüber hinaus geben Kunst und Kultur den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt die Möglichkeit, mit den Defiziten, die durch Umbau entstehen, z.B. durch den Verlust angestammter Quartiere, den Verlust von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, besser umzugehen. In Stadtvierteln, die für den Abriss freigegeben waren, haben wir durch temporäre Kunstprojekte versucht, den Umbau zu begleiten. Es waren letztendlich Projekte, die dazu beigetragen haben, diese Prozesse besser verarbeiten zu können. Es geht an dieser Stelle um das Wechselspiel zwischen harten und weichen Faktoren. Kunst ist mit Sicherheit kein harter Faktor, aber sie ist inzwischen zu einem nicht zu vermissenden weichen Faktor bei der Bewältigung jener beträchtlichen Herausforderung geworden, die sich aus der demografischen Situation unserer Stadt ergibt. Ich danke Ihnen meine Damen, meine Herren, Frau Connemann und entschuldige mich für das Überziehen meiner Redezeit.

**Die Vorsitzende:** Jede Minute war es wert, Herr Hermann, vielen Dank. Sie hatten darauf hingewiesen, dass wir uns in einem Modellprojekt befinden, einer Institution, die Gegenstand ihrer Kulturentwicklungsplanung war. Deshalb möchte ich gleich dem Intendanten Reiner Simon das Wort geben.

**Reiner Simon** (Intendant der Uckermärkischen Bühnen Schwedt): Sehr geehrte Damen und Herren der Enquete-Kommission, liebe Gäste. Ihre Aufgabe, die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kultur zu untersuchen, hat Sie in die

Uckermark geführt, und Sie werden bemerkt haben, dass die Uckermark kein Randgebiet von Berlin ist. Die Busfahrt hat ja ein bisschen länger gedauert. Wenn Sie das nächste Mal kommen, werden Sie aber sicher auch den kürzeren Weg finden und zu einer Veranstaltung kommen.

Die vor allem durch Geburtenrückgang und Wanderungsbewegung begründete Veränderung der Bevölkerungsstruktur ist, glaube ich, ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. In der Uckermark laufen diese Prozesse etwas rasanter ab. Vielleicht ist das auch der Grund, warum Sie hier sind? So dass hier ganz sicher die Möglichkeit besteht, die Problematik und vor allem deren Auswirkungen auf die Infrastruktur aller Bereiche wie durch einen Fokus zu betrachten. Nutzen wir also gemeinsam die Chance, denn von einem offensiven, kreativen und realistischen Umgang mit diesen Fragen wird im hohen Maße abhängen, ob und wie bevölkerungsschwache Regionen abseits der Ballungsgebiete lebenswert und lebendig gehalten werden können. Die Uckermärkischen Bühnen Schwedt, Theater- und Kulturzentrum dieser Region, stellen sich diese Frage seit ihrem Bestehen, seit 1990. Es war uns sehr schnell bewusst, dass sich in Schwedt und in der gesamten Uckermark Prozesse vollziehen, die einen Theaterstandort in Frage stellen. Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, Abwanderung junger Leute, starker Rückgang der Kinder- und Schülerzahlen, hohe Arbeitslosigkeit – wer geht da noch ins Theater? Gegenwärtig sind es rund 145.000 Menschen pro Jahr – wenn Sie das zu den Einwohnerzahlen ins Verhältnis setzen, muss man sich fragen, wo die alle herkommen! Sie können ja nicht nur aus der Uckermark sein. Das heißt, es sind zirka 650 Veranstaltungen, die wir hier im Jahr durchführen. Wenn man beachtet, dass wir nicht zwölf Monate im Jahr arbeiten, kann man rund gerechnet sagen: in zehn Monaten. Also haben wir am Tag zirka zwei, manchmal zweieinhalb Veranstaltungen. Es kommt auch vor, dass es vier sind. Das sind etwa, von 1991 angefangen, 40.000 Zuschauer mehr – und das ist die genau gegenläufige Entwicklung zu dem Problem, das wir heute hier besprechen. Zu

den Ursachen kann ich etwas sagen. Deswegen auch ein Blick zurück, ein Stückchen weiter noch als Herr Hermann begonnen hatte, nämlich ins Jahr 1959: Im Jahr der Grundsteinlegung der ersten Schwedter Papierfabrik hatte diese Stadt 7.826 Einwohner. Nachdem ein Jahr später mit dem Bau des Erdölverarbeitungswerkes, der heutigen PCK Raffinerie, begonnen wurde, entwickelte sich die Einwohnerzahlasant zu den Zahlen, die vorhin für den Anfang der 80er Jahre gezeigt wurden, mit ihrem höchsten Stand von ca. 54.000 Einwohnern. Mit der Entwicklung Schwedts zum Industriestandort kamen zahlreiche Angehörige der technischen Intelligenz aus den Standorten der Papierverarbeitung und der chemischen Industrie in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Das ist interessant für unser Zielpublikum. Das Interesse an den unterschiedlichsten Formen von Theater und Unterhaltung in der von vielen jungen Familien bewohnten Stadt war groß. 1978 wurde das Kulturhaus Schwedt eröffnet. Ein Jahr später wurde das bis dahin in Prenzlau beheimatete Theater nach Schwedt verlegt. 1979 wurde das dem Kulturhaus benachbarte Intime Theater eröffnet. Kulturhaus und Theater blieben bis 1990 zwei voneinander unabhängige und manchmal auch gegeneinander arbeitende Kultureinrichtungen. Das kleine Haus mit 100 Plätzen und das große „Schlachtschiff“ Kulturhaus mit ca. 840 Plätzen – dazwischen war eine Luftlinie von ungefähr zwölf Metern, die oft unüberbrückbar waren und Zusammenarbeit unmöglich machte. Wir haben dann nicht nur baulich dafür gesorgt, dass die beiden Einrichtungen ein gemeinsames Haus wurden. Im Oktober 1990 fusionierten beide in einem bundesweit einmaligen Modell. Ziel war von Beginn an, den Theaterstandort Schwedt mit eigenem Schauspielensemble zu erhalten, sich allen künstlerischen Darstellungsformen zu öffnen und zielgerichtet Angebote für ein breites Publikum in der Region zu unterbreiten. Dieser Anspruch wurde mit dem programmatischen Namen „Uckermärkische Bühnen Schwedt“ untermauert. Damit griffen wir das Ergebnis der politischen Kreisgebietsreform 1993 vorweg, die aus drei Landkreisen und einer kreisfreien Stadt den Landkreis Uckermark schuf. So sind wir

unter dem zunächst kühn anmutenden Motto „Hier machen wir das Theater!“ angetreten. Durch die Umstrukturierung wurden die UBS zu einem Kulturunternehmen, das sowohl über die Voraussetzungen für ein Schauspieltheater mit eigenem Ensemble, als auch über ein breit gefächertes Veranstaltungsangebot einer Stadthalle verfügt. Dieser mit der Fusion 1990 eingeschlagene Weg, die Uckermärkischen Bühnen Schwedt als den kulturellen Mittelpunkt vielfältiger künstlerischer und kultureller Angebote stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen, glückte. Die Akzeptanz dieses Theaters zu erhöhen, hat sich nicht nur, die Zahlen zeigen es, mit publikumsorientierten Angeboten als richtig erwiesen, die neben eigenen Schauspielproduktionen alle Kunstformen umfassen, die eine Bühne benötigen. Mit Show und Unterhaltung, Kleinkunst, Artistik und Tanz erarbeiten wir uns die Legimitation als Theater in dieser Region ständig neu. Das heißt: Weg vom klassischen Mehrspartentheatersystem. Wenn man mit diesem Anspruch antritt, versteht es sich von selbst, sich offensiv mit der Region und ihrer Entwicklung auseinander zu setzen. Dazu gehören die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ebenso wie die der Bevölkerungszahlen und Strukturen. Nur auf dieser Grundlage konnten wir bisher erfolgreich zielgerichtete Angebote unterbreiten und hoffen, dass es auch weiter so bleibt. Künstlerische Elfenbeintürme mögen in Großstädten mehr oder weniger Glanz verbreiten, in der Provinz bedarf es starker Wurzeln und pragmatischer Einschätzung, um überleben zu können. Auch wenn die Zahl unserer Besucher in den zurückliegenden Jahren insgesamt gewachsen ist, hat es Verschiebungen in der Zusammensetzung unseres Publikums gegeben. Was Konsequenzen auf die gesamte konzeptionelle Arbeit, auf die Gestaltung des Spielplans und die Vermarktung hat. Natürlich ist auch bei uns der Anteil älterer Besucher gewachsen. Besonders mit der Altersgruppe der Endfünfziger bis Endsechziger – einst in den Schwedterindustriebetrieben beschäftigt, heute zumeist in Vorruhe- und Ruhestand – hat sich eine für uns sehr interessante und zahlenmäßig sehr starke Zielgruppe entwickelt, die aktiv, vielseitig interessiert und

finanziell in der Lage ist, Kulturangebote zu nutzen. Oftmals sind sie in Vereinen und Verbänden organisiert. Der Seniorenverein des „PCK Raffinerie“ ist mit mehr als 1.300 Mitgliedern bundesweit einer der größten seiner Art. Darin steckt für uns ein sehr interessantes Potential, das wir natürlich auch erfolgreich nutzen.

Gleichzeitig ist es uns gelungen, Angebote für alle Altersgruppen zu entwickeln, wobei die Kinder- und Jugendarbeit nach wie vor einen ganz besonderen Stellenwert einnimmt. Diese Entwicklung mögen folgende Zahlen verdeutlichen, am Beispiel unseres großen Saales mit einer Kapazität von 830 Plätzen: 1992 hatten wir zwei Veranstaltungen unserer aus Kulturhauszeiten übernommenen Veranstaltungsreihe „Der bunte Weihnachtsteller“, einer vorweihnachtlichen Show für die Altersgruppe 60+. In diesem Jahr werden es neun sein. Sie sehen also schon durch die Anzahlsteigerung, dass viel mehr Menschen das Angebot nutzen, als es vorher der Fall gewesen ist. Daneben stehen aber auch sechzehn Vorstellungen unseres Weihnachtsmärchens, zu Spitzenzeiten vor zehn bis zwölf Jahren sahen mehr als 15.000 Kinder das Märchen. Gegenwärtig rechnen wir pro Jahr mit 10.000 bis 11.000. Wir haben schon vor fünf, sechs Jahren gewusst, dass es sich dahin bewegt, haben dann unsere Veranstaltungszahlen und Angebote angepasst, so dass wir keinerlei Rückgang zu verzeichnen hatten, eher eine Steigerung der Zahlen. Ein Rückgang, der wesentlich geringer ist, als die Entwicklung der Kinderzahlen in Schwedt und Umgebung vermuten lässt. Wir steuerten dagegen mit einer Ausweitung unseres Einzugsgebietes. So konnten neben Kindern aus der Uckermark auch Klassen aus dem Barnim und dem Kreis Märkisch-Oderland, aus den südlichen Landesteilen Mecklenburg-Vorpommerns und zunehmend auch aus dem benachbarten Polen für unsere Angebote gewonnen werden. Wobei sich gerade die polnischen Besucherzahlen gesteigert haben. In dem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass polnische Eltern sehr stark daran interessiert sind, dass ihre Kinder in der Schule die deutsche Sprache lernen. Das unterstützt natürlich ein Theaterbesuch hier in Schwedt beson-

ders, denn Sie werden ja mitbekommen, dass die eigentliche Völkerwanderung sich in Berufsgruppenwanderungen ausgewirkt hat. Deutsche Ärzte arbeiten in Skandinavien und polnische Ärzte arbeiten unter anderem in Schwedt. Wir sind die Nutznießer davon, dass viele polnische Kinder Deutsch lernen. Seit vielen Jahren versuchen wir mit unterschiedlichen Mitteln, nicht nur im Kinder- und Jugendbereich unseren Einzugsbereich zu vergrößern. Eine Notwendigkeit, die in so dünn besiedelten Regionen zweifellos existiert, allerdings durch Entfernungen und Anfahrtszeiten natürlichen Grenzen unterworfen ist. Unser Bemühen spiegelt sich auf vielfältige Weise in unserem Spielplan in den Inszenierungen selbst und in unserem Marketing wieder. Ansetzungszeiten werden auf die Bedürfnisse unserer Zielgruppen abgestimmt, Fahrzeiten, Ankunftszeiten der öffentlichen Verkehrsmittel, Unterrichtszeiten, den Wunsch der Senioren nach Nachmittagsvorstellungen. Die große Flexibilität der regionalen Nahverkehrsunternehmen und die sehr gute Zusammenarbeit mit ihnen sind dabei sehr hilfreich. So konnte mit dem „Theaterbus“ ein attraktives Angebot über die Grenzen der Uckermark hinaus geschaffen werden. Bei der Vergrößerung des Einzugsbereiches spielte in den vergangenen Jahren zunehmend die Schaffung von kulturtouristischen Angeboten eine Rolle, dabei werden sowohl Angebote des normalen Theaterbetriebes und touristische Vermarktungsstrukturen eingebunden als auch gezielt besondere Höhepunkte geschaffen, wie z.B. „Faust auf Faust“, die Aufführung beider Teile von Goethes Faust am Ostersonntag. Mit diesem Angebot wird dem Gast in kurzer Zeit ein komplexer Blick auf Schwedt, die Oderregion und die Uckermark gestattet. Damit kann vor allem das Interesse von Berlinern, Kurzreisen in das Umland zu unternehmen und gleichzeitig Kultur zu erleben, bedient werden. Daraus entsteht gleichzeitig ein allgemeiner Werbeeffect für unsere Angebote. So konnten wir zahlreiche „Faust“-Gäste zu nachfolgenden Veranstaltungen wie z.B. den jährlich stattfindenden Parkfestspielen in den Sommermonaten wieder begrüßen. Wir führen darüber auch eine Statistik und wissen also sehr genau, wer woher kommt. Und wir

können dadurch die Bewegungen des Zuschauerstroms und also auch den Fahrplan der Deutschen Bahn berücksichtigen. Unser Publikum ist insgesamt älter geworden, es kommt bei besonderen Veranstaltungen zu ca. 50 % nicht aus der Uckermark. Neue Zielgruppen erfordern eine veränderte Logistik, der Marketingaufwand ist gestiegen. Die Anzahl und Vielfalt der Veranstaltung für ältere Besucher und für Kulturreisende steigen ebenfalls. Trotzdem besitzt vor allem die Kinder- und Jugendarbeit an unserem Haus einen besonderen Stellenwert. Beginnend mit dem Vorschulalter sind wir bemüht, durchgehend für alle Altersgruppen Angebote zu unterbreiten und damit einen besonderen Bildungsauftrag nachzukommen. Diese Angebote entstehen in engerer Zusammenarbeit mit Lehrern und Erziehern. Häufig auf der Grundlage von Lehrplänen in Deutsch oder Darstellendes Spiel. Mit einer fest angestellten Theaterpädagogin sind wir in der Lage, über den Spielplan hinausgehende Angebote z.B. im Bereich der Lehrerweiterbildung und Projektarbeit zu unterbreiten. Dazu gehört die jährliche Ausrichtung von Schultheatertagen, inzwischen glaube ich schon den dreizehnten, deren Teilnehmer inzwischen aus ganz Brandenburg und Berlin kommen. Grundlage für diese Arbeit ist die langfristige Kenntnis der Entwicklung der Kinderzahlen und die damit verbundene Schulentwicklungsplanung, mit der wir uns seit Jahren offensiv auseinandersetzen, um bedarfsgerechte Angebote zu unterbreiten. Um ähnliches im Seniorenbereich zu gewährleisten, stehen wir im engen Kontakt mit entsprechenden Vereinen und den Seniorenbeauftragten der Stadt und des Kreises. Über einen analog zur Theaterpädagogin für diese Zielgruppe fest angestellten Mitarbeitern verfügen derzeit leider nicht. Die zahlreichen Maßnahmen auf dem so genannten zweiten Arbeitsmarkt eignen sich nicht für dieses Aufgabenprofil, wir suchen derzeit nach einer Möglichkeit, eine derartige Stelle zu schaffen. Weil wir wissen, dass die Senioren unsere Zukunft sind. Die Uckermärkischen Bühnen Schwedt, seit 1995 Eigenbetrieb der Stadt, werden vom Land Brandenburg, dem Landkreis Uckermark und der Stadt Schwedt/Oder finanziert. Das Gesamtbudget ist

seit 1996 von 5,2 auf 5,8 Millionen Euro im Jahr 2006 gestiegen. Dabei sind in diesem Zeitraum die Zuschüsse der Stadt und des Kreises von insgesamt 2,2 auf 2,085 Millionen gesunken und des Landes von 2,1 Millionen auf 2,6 Millionen gestiegen. Unsere eigenen Einnahmen stiegen von 0,51 Millionen auf 1,1 Millionen Euro, damit hat sich in diesem Zeitraum der Anteil der Eigeneinnahmen der UBS, das so genannte Einspielergebnis, von 9,8 auf 19 Prozent erhöht. Die Bezuschussung durch Land und Stadt ist seit 1998 in seiner Höhe nahezu gleich geblieben. Am 12. Oktober konnte ein neuer dreijähriger Theatervertrag über die weitere Finanzierung der UBS bis zum Dezember 2009 abgeschlossen werden. Wir sind froh, damit eine relative Planungssicherheit für diesen Zeitraum zu haben, verlieren jedoch die Probleme, die mit einem solchen Vertrag verbunden sind, nicht aus den Augen. Kulturförderung fällt nach wie vor unter die so genannten freiwilligen Leistungen – was angesichts defizitärer öffentlicher Haushalte haushaltsrechtliche Unsicherheiten birgt. Die Finanzierung der UBS über das Kulturministerium ist eine Projektförderung, und das schon seit fünfzehn Jahren. Die Zuweisung von zweckgebundenen Mitteln aus dem Finanzausgleichsgesetz ist festgeschrieben aber nicht beziffert. Wir stellen uns dieser Situation, indem wir weiter versuchen, den Anteil der Eigeneinnahmen zu erhöhen und zahlreiche Funktionen in dieser Region in Kooperation mit anderen Kultureinrichtungen wahrzunehmen. Wir sehen dieses Bemühen, unsere Arbeit wirtschaftlich zu gestalten, und die feste Verwurzelung unseres Theaters in der Region gegenwärtig als wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit. Das grundsätzliche Problem aber bleibt und kann von den Akteuren vor Ort weder auf Seite der Politik noch auf Seite der Kultur gelöst werden. Hier sehe ich Ihren Handlungsbedarf, sehr geehrte Damen und Herren. Im Bericht der ersten Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" hieß es: „Der öffentliche Raum der Ensemble und Repertoiretheater ist durch die kritische Finanzlage der Städte und Kommunen bedroht. Gerade in Zeiten der ökonomischen Krise braucht die Gesellschaft das Theater als kulturelles Zentrum



des Gemeinwesens um das Leben in all seinen Facetten begreifen und um ihre innere Spannung zivilisiert verarbeiten zu können. Das System der Stadttheater sei eine Chance den Wandel einer Gesellschaft überall zu begleiten und ihre Werte immer neu zu hinterfragen.“ Ich möchte dieses Zitat bekräftigen und fordere Sie auf, auf der Grundlage dieser Einschätzung tätig zu werden. Die Uckermärkischen Bühnen Schwedt existieren in einer Region, in der manche gesellschaftlichen Prozesse derzeit schneller, drastischer und schmerzhafter ablaufen als anderswo. Anlehnend an die Einschätzung von Johannes Rau sehe ich das Theater dabei nicht als Luxussahnehäubchen, sondern als Lebensmittel. Wir sind ein Standortfaktor, der mit dazu beiträgt, dass Menschen hier bleiben und herkommen, dass diese Region lebendig und lebenswert bleibt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Herr Simon, auch noch mal an die Erinnerung an unsere Worte. Deswegen versuchen wir ja, uns konkret mit den kulturpolitischen Aspekten des Themas Demografie auseinanderzusetzen. Dazu gehört sicherlich die Frage der freiwilligen Leistungen, die Sie angesprochen haben und auf der anderen Seite die Frage der demografischen Entwicklung.

Jetzt würde ich Frau Katrin Frese um ihren Beitrag bitten.

**Kathrin Frese** (Geschäftsführerin des Multikulturellen Centrums Templin e.V.): Vielen Dank. Ich will mich kurz vorstellen: Ich bin Geschäftsführerin im Multikulturellen Zentrum und gleichzeitig für die Programmgestaltung zuständig. Bevor ich zu meinen kurzen Ausführungen komme, will ich das Haus kurz vorstellen. Wir sind 1993 als Zweckverband gegründet worden und 1999 in einen Verein überführt worden. Das hatte u.a. zur Folge, dass die BAT-Bindung für die neu Eingestellten wegfiel. Wir erreichen im Jahr rund 25.000 Besucher, betreiben ganzjährig eine Galerie mit wechselnden Ausstellungen bildender Kunst mit dem Schwerpunkt Künstler aus Berlin,

Brandenburg und natürlich Uckermärkischen Künstlern. Wir haben ein Kino in unserem Haus und haben dort in den letzten Jahren einen stärkeren Akzent im Bereich Programm kino gesetzt. Wir haben aber auch viele aktuelle Produktionen und nach wie vor ein breites Angebot für Kinder, Jugendliche und Familien. Unser Veranstaltungsprogramm umfasst vor allen Dingen Konzerte vorwiegend aus den Bereichen Jazz, Folk und Weltmusik, aber auch Theatergastspiele, Lesungen und Kabarett. Im Jahr führen wir über 100 Veranstaltungen durch. Bis 2003 war der Kreis neben der Stadt Templin an der Förderung beteiligt. Nachdem der Kreis aber dann aus der institutionellen Förderung ausgestiegen ist, ist dieser Anteil am Gesamthaushalt von 60 auf 40 % gesunken. Das hatte nachhaltige Folgen für das Unternehmen. Wir mussten Lohnkosten senken und auch Personal entlassen und arbeiten im Moment mit 3,5 Vollzeitstellen. Die Haushaltslage ist dementsprechend angespannt und ohne Stellen aus dem öffentlichen Sektor, aktuell vom Amt für Kunstsicherung, wäre es gar nicht denkbar, das jetzige Angebot aufrecht zu erhalten und entsprechende Einnahmen zu erzielen. Das Haus ist im Moment an sieben Tagen der Woche geöffnet. Ich möchte ganz kurz auf die Entwicklung im Kulturbereich seit der Wende eingehen, am Fallbeispiel Templin. Es gab ja vor der Wende fest gefügte etablierte Strukturen. Die hatten eine große Starrheit, und wir haben es ja eben schon bei den Ausführungen von Herrn Simon sehen können, dass sich seitdem sehr viel zum Guten verändert hat. Es gab also eine große Aufbruchs- und Umbruchsstimmung. Einrichtungen, die vorher doch eine sehr große Bedeutung für die Region hatten, wie der Kulturbund in Templin, sind komplett aufgelöst worden. Vor allem in der freien Kulturarbeit entstand viel Neues. Ich verweise z.B. auf den Kunstverein in Templin, der über 60 Mitglieder hat, und sehr aktiv in dem Bereich bildender Kunst tätig ist. Und es sind auch alte Strukturen in neue überführt worden – dafür ist auch das Multikulturelle Centrum ein wichtiges Beispiel. Wir waren vorher ein volkseigenes Film-

theater mit einem zentral gelenkten Gastspielbetrieb, und sind heute als eigenständiger Kulturverein mit einer eigenständigen künstlerischen Leitung tätig.

Die aktuelle Entwicklung im Kulturbereich ist meiner Ansicht nach von einem Schrumpfungsprozess gekennzeichnet. Dies besonders, was die institutionelle Kulturarbeit anbetrifft, denn die Kultur ist eine freiwillige Aufgabe, die immer ein beliebtes Sparobjekt ist. Ein Beispiel dazu: Die Stadt Templin hatte nach der Wende sechs Angestellte im Kulturamt. Heute gibt es in Templin kein Kulturamt mehr. Das hat natürlich weitreichende Folgen. Gleiches kann man auch im Kreis beobachten. Das Kulturamt ist dort auch auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Der Kreis hält nunmehr noch 20 Stunden für Kulturarbeit vor, das reicht gerade, um die wenigen Projektgelder zu vergeben. Das bisherige Informationsnetzwerk ist dementsprechend zusammengebrochen. Das hat zum Beispiel zur Folge, dass das Multikulturelle Centrum im Arbeitskreis der Kulturämter des Landes Brandenburgs selbst tätig wird, um Informationen zu bekommen, weil es einfach kein Kulturamt mehr gibt. Wir streben natürlich an, unter den Kultureinrichtungen neue Netzwerke zu bilden, aber das ist aufgrund der angespannten Situation etwas schwierig. Ein positives Beispiel ist der Veranstalterstammtisch, den das Multikulturelle Centrum seit einigen Jahren durchführt. Wir versammeln dort Kulturaktive und Veranstalter aus dem Altkreis Templin und geben im Auftrag der Stadt Templin monatlich ein Veranstaltungsprogramm heraus. Auch in der freien Kulturszene ist die Entwicklung meiner Meinung nach dramatisch. Nach der Wende gab es viel Euphorie, und durch zahlreiche Fördermittel ist sehr viel Neues entstanden. Aber von Anfang an galt hier das Prinzip der freiwilligen Selbstaussbeutung und aufgrund der sich verschärfenden sozialen Situation ist ein Prozess der inneren Erosion der Kulturszene zu bemerken. Die Akteure müssen sich teilweise aus wirtschaftlichen Gründen zurückziehen. Es ist nicht mehr die Frage, was das nächste Projekt sein könnte, sondern wie man überhaupt Geld verdienen kann. Das steht bei vielen Künstlern immer mehr im Vordergrund und ist sicherlich in

keiner Weise Uckermarkspezifisch. Das bemerken wir auch, weil wir bundesweit mit vielen Künstlern zusammenarbeiten. Die Wirtschaftlichkeit hat eben eine immer stärkere Priorität, was zu einer immer stärkeren Ausdünnung des Angebots führt. Der Kunstverein in Templin, der in der letzten Zeit mit vielen engagierten Projekten tätig war, konnte sich nicht als Einrichtung etablieren. Die Aktiven ziehen sich immer weiter aus dem Verein zurück. Auf Landkreisebene sind auch die Gelder für freie Projektarbeit stark zusammengestrichen worden. Wir haben für Investitionen und freie Projekte im Moment nur noch 65.000 Euro jährlich zur Verfügung.

Jetzt eine kurze Anmerkung zur demografischen Entwicklung. Ich denke, die Schwierigkeiten, die wir im Moment im kulturellen Bereich in der Uckermark haben, sind nicht nur demografischer Natur, sondern vorwiegend durch wirtschaftliche Rückentwicklung, Abwanderung, mangelnde Kaufkraft und fehlende Steuereinnahmen gekennzeichnet. Hartz IV war sicherlich auch für Kultureinrichtungen eine Zäsur – die statistischen Zahlen aus der Uckermark scheinen mir das auch zu belegen. Der Rückgang der Bevölkerung, der aus demografischen Gründen geschieht, beträgt nur 25 % des Gesamtrückgangs. Wir haben in der Zeit von 1997 bis 2003 3.700 Menschen durch demografische Entwicklung verloren, insgesamt sind aber mehr als 16.000 Menschen abgewandert. Das hat natürlich wirtschaftliche Gründe, Arbeitsplatzsuche usw. Also kann ich ja nur annehmen, dass die demografischen Probleme, von denen immer die Rede ist, sich in nächster Zeit noch verschärfen. Ich finde sehr gut, dass das Land Brandenburg hier klare Worte findet und auf diese Problematik aufmerksam macht. Man empfängt aber auch andere Signale. Deshalb finde ich gut, dass wir uns heute hier zusammenfinden und bedanke mich noch mal bei der Enquete-Kommission, dass sie den Weg hierher nach Schwedt gefunden hat. Angesichts dieser wirtschaftlichen und politischen Entwicklung bin ich eigentlich selbst überrascht, was wir im Multikulturellen Centrum erreichen können. Wie Herr Simon können wir von stabilen und sogar steigenden Besucherzahlen sprechen, im Kinobe-

reich etwa haben wir uns erfolgreich neuorientiert, indem wir vom allgemeinen Kino-programm zum Programm kino übergegangen sind. Wir haben bei Veranstaltungen, im Verkauf und bei Vermietung Umsatzzuwächse zu verzeichnen. Das Haus ist inzwischen etabliert und beliebt. Wir haben unser Angebot spezifisch ausgerichtet und sind damit erfolgreich. Wir sind ein Gastspielhaus ohne Ensemble und können sehr flexibel auf Veränderungen reagieren. Andere Programme sind auf Nachfrage und ohne große Strukturveränderungen möglich. Und ich denke, dass das Multikulturelle Centrum in diesem Sinne für die Grundversorgung in einer ländlichen Region gerade was den demografischen Wandel angeht, Modellcharakter haben könnte, und das wir hier mit sehr wenig Geld auch in den nächsten zehn Jahren sehr viel Kultur machen können.

Zum bundespolitischen Handlungsbedarf möchte ich Ihnen ganz kurz zum Abschluss noch drei Dinge mitgeben. Ich hatte anfangs den Verfall der Kulturlandschaft hier in der Region skizziert. Deshalb ist es aus meiner Sicht sehr wichtig und unabdingbar, dass Kultur nicht weiter als freiwillige Aufgabe, sondern als eine Pflichtaufgabe gesehen wird, denn dann sind solche extremen Kürzungen gar nicht mehr möglich. Wichtig aus meiner Sicht ist auch, die Förderpolitik für freie Projektarbeit zu verbessern. Es wird oft ein zu hoher Eigenanteil verlangt. Es wäre sicherlich günstig, wenn man auch in diesem Bereich längerfristige Bindungen eingehen könnte, als Vorbild sehe ich das Sächsische Kulturraumgesetz. Wenn es hier keine Änderungen gibt, fürchte ich, dass vielen freien Projektträgern demnächst die Luft ausgeht. Ich denke, die Uckermark ist bundesweit kein Einzelfall, aber sicherlich ein Extremfall. Aber ich denke, soziales Handeln trägt hier besonders dazu bei, dass die Probleme nicht noch weiter verschärft werden. Und Kultur im ländlichen Raum, das heißt mit Sicherheit auch, dass wir nicht immer Massen bewegen und dass nicht immer alles medienwirksam in Szene gesetzt werden kann. Deshalb appelliere ich an unser so-

ziales Denken, dass auch Regionen, die nicht nur starke Bevölkerung haben, noch weiter berücksichtigt werden. Vielen Dank.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Frau Frese. Mit einigen der aufgeworfenen Fragen haben wir uns ja bereits auseinandergesetzt, u.a. mit dem Sächsischen Kulturraumgesetz. Ihre Bitte ist also schon im Vorfeld erhört worden. Das zweite ist die Frage der freiwilligen Leistung. Wir werden jetzt im Dezember eine Anhörung im Deutschen Bundestag durchführen, wo es unter anderem darum geht, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern – eine Empfehlung, die die Enquete-Kommission im letzten Jahr unterbreitet hat, und die jetzt tatsächlich ins parlamentarische Verfahren einmündet. Und auch die Frage des ländlichen Raums und der freien Träger ist vielen von uns bei ihrer täglichen Arbeit bewusst. Von daher rennen Sie mit ihren Forderungen offene Tore ein. Ich bitte jetzt Frau Schubert um ihr Wort. Olivia Schubert ist die Vertreterin des „Kunstwerks Uckermark“.

**Olivia Schubert** (Kunstwerk Uckermark): Einen schönen guten Tag. Mein Name ist Olivia Schubert. Ich vertrete hier das „Kunstwerk Uckermark“. Das ist ein Projekt, der Projektträger ist das Kreativlabor Uckermark, ein gemeinnütziger Verein, der einen privaten Bildungsträger für Bildung, Wirtschaft und Technik initiiert hat. Der Bildungsträger hat zu Beginn gemerkt, dass unsere Azubis vor allem in der überbetrieblichen Berufsausbildung zunehmend starke Defizite in ihrem Kommunikationsvermögen, in ihrer Medienkompetenz, in ihrem Sprach- und Lesevermögen verzeichnen, ganz zu schweigen von ihren Kenntnissen in Kunst und Kultur. Aus diesem Grund haben wir das Kreativlabor Uckermark gegründet, in dem wir für Menschen im ländlichen Raum Kunst und Kulturangebote unterbreiten wollten. Wir hatten bemerkt, dass gerade in den Dörfern die jungen Menschen, die manchmal ja nur zu zweit, zu dritt in kleinen dörflichen Ansiedlungen / Gemeinden / Ortsteilen / Wohnplätzen, leben, kaum noch

Kulturangebote nutzen können oder wollen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass möglichst viele Jugendliche Kunst und Kultur kennen lernen. Ein Hintergrund war natürlich auch, dass auf den Dörfern viele Künstler leben und arbeiten, aber zwischen ihnen und der Bevölkerung sich doch meistens eine große Kluft gebildet hat. Das heißt, man lebt und arbeitet nebeneinander und nicht miteinander. Die Hemmschwelle ist groß und bei den jungen Leuten wird diese auch so wahrgenommen. Wir wollten viele Künstler integrieren, Kurse in den Atelierräumen anbieten. So haben wir angefangen, sind dann aber ganz schnell in eine Ecke gekommen, in die wir überhaupt nicht wollten. Und zwar hatten wir ein spezielles Klientel von arbeitslosen Jugendlichen, die besonders auffällig geworden sind, oder Jugendliche, die eine Ausbildung abgebrochen haben, Schulschwänzer etc. Wir haben uns dem gestellt und sind auf die Dörfer gegangen und haben Kurse angeboten, in denen von anfangs sechs zum Schluss noch vier Teilnehmer übrig waren. Beim nächsten Mal kamen ältere Leute zwischen 50 und 60 Jahren, die gesagt haben: Wenn das die jungen Leute dürfen – warum dürfen eigentlich wir nicht? Aber natürlich darf bei uns jeder teilnehmen. Also boten wir besondere generationsübergreifende Kreativkurse für ältere und junge Leute an. Dabei geht es um eine kreative Auseinandersetzung mit künstlerischen Mitteln. Die meisten Teilnehmer haben zum ersten Mal ein Bild gemalt, zum ersten Mal Bildhauerei gemacht, einen Töpferkurs belegt. Zielstellung war der Bezug zu aktuellen gesellschaftlichen Problemen, da die jungen Leute darüber sonst nicht sprechen oder nur schwer diskutieren können. Mit Hilfe der künstlerischen oder kreativen Mittel konnten wir doch bisschen näher an sie heran kommen. So sind interessante Projekte entstanden. Zum Beispiel das so genannte Feld der Weggegangenen, wo junge Leute, die die Uckermark verlassen, sich selber darstellen mit Holz, mit Metall, in Stein, lebensgroß, als Zeichen, dass sie hier waren, dass sie die Region verlassen haben. Ich hoffe immer noch, dass wir viele junge Leute überreden können, später wieder in die Uckermark zurückzukehren. Also sollte die

Kunst, die sie dort gemacht haben, ein Zeichen sein, etwas, das sie hier lassen, an das sie sich mit Stolz erinnern und später vielleicht ihren neuen Freunden Familien zeigen können. Denn nicht immer sind sie Stolz auf die Uckermark. Meistens gehen sie unter Frust, weil sie hier nicht bleiben können, weil es ihnen hier nicht gefällt, weil ihnen hier so langweilig ist. Dagegen wollen wir was setzen.

Ein anderes interessantes Projekt hieß „Landeier“. Die jungen Leute wollten sich mit dem Thema Auswanderung auseinandersetzen. Sie sagten: Alle Welt bezeichnet uns als Provinzler, als Landeier, dann machen wir eben Landeier. Und sie haben mit Sägen aus großen Holzblöcken Landeier hergestellt. Sie wurden auch in Berlin gezeigt, sie stehen zukünftig an den kleinen Bahnhöfen hier in der Uckermark wie als erstes Zeichen dafür, dass es hier noch Menschen gibt.

Dann haben wir ein Internetfernsehen mit den jungen Leuten gemacht, kleine Dokumentarfilme, die über das Internet gezeigt und abgerufen werden können. Das machen arbeitslose Jugendliche unter 25, ohne Berufsausbildung. Sie haben sich mit Politik auseinandergesetzt, mit Fragen wie: Was ist ein Kreistag, wie funktionieren politische Strukturen? Noch im Januar konnten sie uns überhaupt nicht sagen, was ein Landkreis ist, wer der Landrat. Allein dadurch, dass sie sich redaktionell und filmisch damit auseinandersetzen mussten, dass sie ein Drehbuch schreiben mussten, haben sie sich mit diesen Themen auseinandergesetzt. Zurzeit drehen wir eine Telegenovela. Das ist für junge Leute spannend. Wir wollen eine produzieren, die nicht irgendwo in der Kunst- und Kulturszene oder irgendwo in der Werbebranche spielt, auch nicht in Berlin, sondern bei uns auf dem Dorf. Die Akteure sind arbeitslose Jugendliche, spielen soll es in Dedelow, einst ein sozialistisches Vorzeigedorf, das heute Abwanderung und all diese Probleme hat. Das sind alles Projekte, die eigentlich überhaupt keine Kunst und Kultur mehr sind, sondern reine soziokulturelle Projekte. Der Aspekt Kunst oder Kultur als Mittel spielt jedoch die Hauptrolle. Die Finanzierungen der Projekte laufen über Stiftungen, über Fördertöpfe jeglicher Art. Ein



ganz geringer Teil über Sponsoring. Das hat natürlich etwas mit der Struktur der Uckermark zu tun. Teilnehmergebühren sind auch immer ein Thema, aber die meisten sind nun mal auf Hartz und da gibt es wenig zu holen.

Noch einmal zu den Künstlern. Wir haben inzwischen ein Netzwerk aufgebaut von ca. 60 bis 70 bildenden Künstlern, mit denen wir zusammen arbeiten. Davon sind ein Drittel Hartz IV-Empfänger, ein anderes Drittel geht nicht hin, weil sie denken, Hartz IV sei nichts für Künstler, und die anderen schlagen sich durch. Gemeinsam versuchen wir darzustellen, wie wichtig ihre Tätigkeit in der Region ist, dass Künstler nicht die Exoten sind, sondern wichtig für den Standort Uckermark.

Aber auch für den Bereich des Kunsttourismus werden Strategieprojekte entwickelt. Ziel ist es, ein Zentrum für Kreativwirtschaft aufzubauen. Das ist eine Vision, die viele erstaunt. Wir denken aber, es ist eine Möglichkeit, gerade hier, weil ein starker Zuzug aus anderen Bereichen der Kreativwirtschaft zu verzeichnen ist. Eine Sache, die bereits weiter voran geschritten ist, ist die Kunstschule. Wir wollen im März eine Kunstschule eröffnen, die privat finanziert ist. Sie soll einen Vorkurs anbieten, also eine Vorbereitung auf ein Studium. Zielgruppe sind nicht unbedingt die Jugendlichen aus der Uckermark, sondern wir wollen junge Leute in die Uckermark locken. Und damit einen Gegenpart zur Abwanderung setzen, Angebote machen, die es woanders in dieser Form nicht gibt. Und wir wollen ein attraktives Angebot mit Kunst schaffen.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank für Ihre anschauliche Darstellung. Ein sehr interessantes Projekt sind auch die Uckermärkischen Musikwochen, heute vertreten durch den Geschäftsführer Christoph Wichtmann, den ich jetzt um das Wort bitte.

**Christoph Wichtmann** (Geschäftsführer der Uckermärkischen Musikwochen e.V.): Vielen Dank. Auch ich möchte kurz die Uckermärkischen Musikwochen vorstellen, weil sie vielleicht doch nicht allen geläufig sind. Es handelt sich um ein Musikfestival,

das einzige überregionale Musikfestival im Land Brandenburg. Alle anderen haben einen bestimmten Veranstaltungsort oder machen spätestens an der Stadtgrenze Halt. Das Festival besteht seit 1992. Es war ähnlich wie die Uckermärkischen Bühnen vor der Gebietsreform uckermärkisch, d.h., man hat schon vorausgesehen, dass die Gebietsreform kommt und man wollte schon von Anfang an mit einer übergreifenden Idee dabei sein. Die Gesamtdarstellung der Uckermark als eine Region war ein Gründungsgedanke. Inhaltlich haben sich diese Uckermärkischen Musikwochen im Laufe der Zeit hin zur alten Musik entwickelt. Etwa seit Mitte der 90er Jahre liegt der Schwerpunkt deutlich auf Barockmusik – ohne mittelalterliche Musik oder auch Musik der Romantik, der Klassik oder der Moderne ganz außer Acht zu lassen. Es ist gemäß den finanziellen Möglichkeiten wie auch von den Konzertorten eher ein Kammermusikfestival, große Sinfonik findet nur am Rande statt. Selten steht Standardrepertoire auf dem Programm, musikgeschichtliche Ausgrabungen sind die Regel. Vielleicht ist es bei dem Etat der Uckermärkischen Musikwochen dann doch erstaunlich, dass wir meines Wissens die ersten in Europa waren, die Vivaldis Oper „Griselda“ oder Benedetto Marcellos „Vier Jahreszeiten“ aufgeführt haben. Dazu bietet der Verein regelmäßig Ensembles aus Polen, den baltischen Staaten, der Tschechischen Republik ein Podium, oft zusammen mit deutschen Ensembles. Aber wir laden Gäste nicht nur aus den Nachbarländern ein, sondern auch aus den Zentren der alten Musik in Europa. Auch Basel und Bremen mit ihren Bildungseinrichtungen, die sich auf alte Musik spezialisiert haben, spielen eine große Rolle. Aus der Uckermark tritt das Kammerorchester Prenzlau regelmäßig im Rahmen der Uckermärkischen Musikwochen auf, außerdem der Uckermärkische Konzertchor und die Kantorei Templin. Also auch hiesige Akteure sind im Programm vertreten. Und nicht nur das. Auch hiesige Instrumente spielen eine große Rolle, insbesondere die hervorragende Orgel von Joachim Wagner in der Angermünder Marienkirche. Wir haben aber darüber hinaus eine ganz reiche Orgellandschaft. Solch ein Instrument zu besitzen,

hat den großen Vorteil, dass man dadurch nicht allzu große Schwierigkeiten hat, hervorragende Musiker einladen zu können, die dann ihr Kommen nicht am Honorar fest machen. So hatten wir an dieser Orgel schon weltberühmte Fachleute für barockes Orgelspiel zu Gast. Insgesamt veranstalten wir an vier Wochenenden 15 bis 25 Konzerte im gesamten Landkreis Uckermark. Eigentlich sind die Dörfer genauso präsent im Programm wie die Städte auch, d.h. es gibt normalerweise an einem Ort nur ein Konzert im Jahr. Da stehen Prenzlau, Schwedt, Angermünde und Templin also nicht besser da als Großfredenwade oder Alt Placht. Die meisten Konzerte finden dadurch im dörflichen Umfeld statt. Konzertorte sind neben Dorfkirchen Ställe, Scheunen, Kornspeicher, Schlösser, Schlossgärten u.ä. Wir versuchen eine möglichst große Vielfalt zu ermöglichen. Die Orte suchen wir genau aus, denn wir wollen nicht nur gute Musik auf die Bühne bringen, sondern auch auf die Spielstätten aufmerksam machen. In der Regel reisen aus Berlin Busfahrten zu den Konzerten an, die dann erstmal diesen Konzertort selber besuchen, häufig aber auch in der Umgebung weitere Dorfkirchen oder Orgeln besichtigen. Das Ganze machen wir mit einem Etat von reichlich 50.000 Euro. Etwa ein Fünftel können wir durch Eintrittsgelder erwirtschaften. Der wichtigste Förderer ist für uns das Kulturministerium des Landes Brandenburg. Ich denke, es ist ein relativ kleiner Etat, und es behindert uns auch bei manchen gewünschten Aktivitäten. Sei es, was Programme angeht, sei es auch in Bezug auf die Marketingaktivitäten. Ich habe schon erwähnt, dass das Musikleben in der Uckermark nicht nur die Musikwochen sind, denn wir sind ja nur an vier Wochen im Sommer aktiv. Ganzjährig arbeiten die Kantoreien, Chöre, die Musikschulen und die Uckermärkische Kulturagentur mit dem Preußischen Kammerorchester. Es gibt aber noch weitere Festivals wie das Bebersee Festival, das internationale Baja-Gitarrenfestival in Templin. Insgesamt ist es eine ganz gute Mischung mit relativ wenig Konkurrenz. Es wurde ja auch nach den Kooperationen gefragt. Mit weiteren vier Kulturfestivals sind wir im Land Brandenburg verknüpft. Das ist für uns eine bedeu-

tende Möglichkeit, in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen zu werden, weil dort doch eine ganze Menge Werbemittel produziert werden, die wir uns nicht leisten könnten.

Zum demografischen Wandel und den Besuchern der Uckermärkischen Musikwochen: Dazu kann ich recht genaue Aussagen machen. 2004 ist im Auftrag des Kulturministeriums eine Umfrage erfolgt bei einem dutzend verschiedener Kulturveranstalter, Kulturfestivals im Land Brandenburg u.a., auch bei den Uckermärkischen Musikwochen. Die Ergebnisse sagen: Zwei Drittel der Besucher sind Frauen. Über 40 % der Besucher sind zwischen 60 und 69 Jahre alt, der Mittelwert liegt bei 56 Jahren. Etwa 40 % der Besucher sind Rentner. Fast die Hälfte der Besucher hat ein Haushaltseinkommen zwischen 1.000 und 2.000 Euro, je ein Viertel liegen darüber und darunter. 60 % der Besucher wohnen in Brandenburg, fast ein Drittel in Berlin. Je ein Drittel der Besucher hat einen Weg zum Konzert von weniger als 10 km also die, die aus dem Ort wirklich selbst kommen, ein weiteres Drittel bis 50 km und das letzte Drittel eben mit einem Anfahrtsweg von über 50 km. Zwei Drittel der Besucher reisen mit dem PKW an. 10 % mit Reisebussen, nur etwa 7 % mit Bus oder Bahn. Über 40 % der Besucher sind Stammgäste, zwei Drittel bewerten die Konzerte mit der Note sehr gut, zwei Drittel wollen sicher im Folgejahr wiederkommen. Im Vergleich zum restlichen Brandenburg oder den anderen untersuchten Veranstaltern liegen wir in den meisten Kategorien im Durchschnitt. Dieses mittlere Alter Mitte 50 für die Besucher ist für Musikfestivals in Brandenburg eine recht typische Größe. Wir liegen etwas über dem Schnitt, die Anzahl der Besucher, die aus Berlin kommen, wächst. Das Überwiegen weiblicher Konzertbesucher steht natürlich im Widerspruch zur starken Abwanderung junger, qualifizierter Frauen, lässt aber erst langfristig negative Effekte erwarten. Die Frauen, die abwandern, sind nicht 50 oder 60 Jahre alt. Aufgrund der Alterszusammensetzung ist bei den Besuchern bisher kein Einbruch zu verzeichnen. Nimmt man die Bevölkerungszusammensetzung in der Gesamtbevölke-

rung, das wurde hier auch schon gesagt, so werden noch mindestens fünf Jahre die die Besucherstruktur prägenden Altersklassen anwachsen. Unsere Zielgruppe wächst, sie schrumpft nicht. Obwohl das Festival hochwertig jedoch keinesfalls elitär sein will, wird von den Konzerten nur eine Minderheit der Bevölkerung angesprochen. Die Mobilisierbarkeit dieser Minderheit von Konzertbesuchern hat wahrscheinlich kaum einen Zusammenhang mit der Größe der Bevölkerungsgruppen. Die Besucherzahlen schwankten in den letzten Jahren ohne eindeutige Tendenz. Demografische Ursachen scheinen dabei keine herausragende Rolle zu spielen. Bisher nicht nachgewiesen oder plausibel erscheint eine Verengung des Besucherpotentials durch die Ausdünnung der Bevölkerungsschicht mit mittleren Einkommen. Diese macht mindestens die Hälfte unserer Besucher aus. Abnehmend sind Besucher aus der Region, doch gibt es hier keine gesicherten Daten. Angebote für Jugendliche und Kinder gewährleisten wir seit Beginn durch ein Konzert in der Regel im Rahmen eines Parkfestes für Familien oder speziell für Kinder, ansonsten ist von einem kurzfristigen Festival wie den Uckermärkischen Musikwochen kaum Kinder- oder Jugendarbeit zu leisten. 40 % der Besucher sind Senioren bzw. Rentner, sie stellen damit die größte Besuchergruppe dar. Das spiegelt sich auch bei der Mitarbeit im Verein wieder. Ein Viertel der aktiven Mitglieder ist im Rentenalter. Unser Festival arbeitet zum allergrößten Teil ehrenamtlich. Das heißt, es gibt keine Stelle, es gibt nur eine Honorarkraft, und die restliche Arbeit wird ehrenamtlich geleistet.

Zur öffentlichen Förderung: Die öffentliche Förderung der Musikwochen erfolgt durch Kommunen, den Landkreis und Land. Auf kommunaler Ebene hat sich die Förderung auf niedrigem Niveau stabilisiert, wobei es Kommunen gibt, die eine Förderung grundsätzlich ablehnen. Der Landkreis hat in den vergangenen fünfzehn Jahren die Förderung auf etwa ein Fünftel reduziert. Wichtigster, unverzichtbarer Förderer ist die Landesregierung. So erscheint öffentliche Förderung mir weniger als eine Folge mangelnden Könnens, eher als eine klare politische Entscheidung. Freie Träger von

Kulturprojekten haben bisher gegenüber von Kulturinstitutionen mit festen Mitarbeiterstab, mit oft mehrjähriger Vereinbarung getroffen werden, einen schweren Stand. Eingebunden sind oder waren wir z.B. in die Kreisentwicklungskonzeption des Landkreises Uckermark, in den Prozess der Kulturentwicklungsplanung des Landes Brandenburg, in die Erstellung der Landeskulturtourismuskonzeption oder des Handbuchs des Landes und ähnliche Aktivitäten. Die Auswirkungen daraus sind bestenfalls mittelbar zu erwarten, konkrete Bezüge kann man eigentlich nicht nennen. Darüber hinaus sind wir Mitglied bei den Kulturfesten im Land Brandenburg. Das ist eine relativ konkurrenzfreie Zone. Innerhalb der Uckermark sind sehr viele sonstige Musik- und Kulturakteure in unserem Verein Mitglied. Mit anderen sind wir im Gespräch, auch da gibt es wenig Konkurrenz, Allianzen ergeben sich daraus automatisch, aber auch die haben relativ konkrete Folgen.

Zur Kultur als gestaltende Kraft in den demografischen Prozessen: Kultur und damit auch die Uckermärkischen Musikwochen können bestimmt ein demografischer Haltefaktor sein. Aber es ist bestimmt ein sehr, sehr schwacher Faktor. Wenn man keinen Arbeitsplatz hat, dann hilft die schönste Kultur vor Ort nichts, dann wird man gehen müssen. Arbeitsplätze generieren, wird der Kulturbereich in der märkischen Peripherie wahrscheinlich auch nicht viele. Für etwas wichtiger halte ich den Standortfaktor Kultur für die Menschen, die in der Uckermark arbeiten, und das betrifft bestimmt auch andere Regionen Brandenburgs. Die typischen Kulturkonsumentengruppen sind Menschen in akademischen Berufen. Sie arbeiten häufig in der Uckermark oder in der Peripherie, in den Universitäten Brandenburgs, wohnen aber nicht dort, sondern in Berlin. Dadurch ist eine Kulturentwicklung sehr mühsam für die einzelnen, weil die Leute abends einfach nicht da sind und die Veranstaltungen nicht besuchen können. Dieses Verhalten wurde ja bisher auch fiskalisch belohnt, durch Pendlerpauschalen u.ä.

Politischer Handlungsbedarf als Resümee: Ich denke, am Konzept gleichwertiger Lebensbedingungen sollte festgehalten werden, auch wenn sich in Brandenburg eine Schwerpunktsetzung auf Wachstumskerne durchgesetzt hat. Ich glaube, dass Kulturentwicklung gerade im Gegensatz zu wirtschaftlichen Entwicklungen einen Ausgleich bilden könnte. Bei Denkmälern besteht die Freiheit sowieso nicht – die sind dort, wo sie sind. Die kann man nicht auf die Wachstumskerne konzentrieren. Aber auch das sonstige Kulturleben ist wichtig, um Lebensqualität in der Peripherie zu erhalten. Die Zukunft sehe ich zum guten Teil bei den freien Trägern, weil sich in den dünn besiedelten Räumen viele Institutionen nicht werden halten können. Kulturelle Bildungsangebote können wir selber nicht leisten, ich halte sie aber für sehr wichtig, um überhaupt den Zugang zu unseren Veranstaltungen zu ermöglichen. Perspektivisch finde ich es wichtig, die Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung mit denen der Touristen anzugleichen. Es ist doch relativ leicht festzustellen, dass die Bedürfnisse älterer Leute und die Bedürfnisse von Touristen sich nicht so stark voneinander unterscheiden. Und so würde ich Chancen sehen, beiden Interessen gleichzeitig zu befördern.

Herr Cornel hatte von der Mobilität geredet, und das, glaube ich, ist ein zentraler Punkt. Wir müssen über Mobilitätskonzepte für Kultur reden.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Herr Wichtmann. Herr Pfarrer Neubert bitte.

**Pfr. Christhard-Georg Neubert** (Direktor der Kulturstiftung St. Matthäus und Kunstbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz): Der demografische Wandel ist konfessionslos und doch sieht es so aus, als würde sich schon bald in manchen Teilen des Landes herausstellen, dass allein die Kirchengemeinden die kulturellen Identitätsanker und Rückzugskerne sein werden. Sie werden auch weiterhin Ort der Vergemeinschaftung und Vergewisserung des Lebens

von Menschen bleiben. Wir glauben, dass die Kirchengemeinden in Zukunft eher ein verstärktes Interesse, eine verstärkte Bedeutung für das kulturelle Leben in der Fläche gewinnen – auch außerhalb der Kernaufgaben der Verkündigung. Wie das eben schon angedeutet wurde spielen dabei intakte Kirchengebäude, Pfarrhäuser und Kirchenscheunen eine wesentliche Rolle, denn sie bieten häufig eine wesentliche infrastrukturelle Voraussetzung als Aufführungs- und Begegnungsorte für das, was wir Kultur nennen. Bitte nehmen Sie diese zwei Sätze nur als eine Art Vorbemerkung um deutlich zu machen, dass die Kirche überall, wo sie sich kooperierend mit Veranstaltern in Fördervereinen oder eigenständig für Kultur und kulturelle Bildung einsetzt, nach ihrem eigenen Verständnis ganz bei ihrer eigenen Sache ist. Dabei haben sich freilich gesetzgeberische Rahmenbedingungen bewährt. Ich will hier nur einige nennen, wie etwa bestimmte Elemente des Gemeinnützigkeitsrechtes, die Kirchensteuer nicht zu vergessen, Förderprogramme für den ländlichen Raum und die Denkmalpflege. Lassen Sie mich ausführen, wie sich dieser Ansatz in Blick auf die Erhaltung der Dorfkirchen und in Blick auf das Kulturprogramm „Dorfkirchensommer“ nach unserer Auffassung auswirken wird. Welche Rahmenbedingungen legen wir zugrunde? Landesweit gehören etwa 20 % der Bevölkerung einer christlichen Kirche an. Auf Grund des hohen Anteils von Rentnern und Arbeitslosen an der Bevölkerung sind die Einnahmen aus Kirchensteuern gering. Die Zeiten, wo neben der Kirche im Dorf auch der Pfarrer wohnte, sind ganz entgegen der Annahme mancher Wochenendbesucher auf den Dörfern lange vorbei. Ein Landpfarrer hat inzwischen nicht selten bis zu 15 Gemeinden mit etwa der gleichen Anzahl an Gebäuden zu versorgen. In den östlichen Gliedkirchen der EKD leben ca. 8 % der Kirchenmitglieder, gleichzeitig stehen hier etwa 40 % der Kirchengebäude. Vor diesem Hintergrund aber ist bemerkenswert, dass eine brandenburgische Kulturlandkampagne aus dem vergangenen Jahr unter den Titel „Gott in Brandenburg“ tausend Jahre Christentum zur Überraschung der Veranstalter alle Erwartungen übertroffen hat. Die Resonanz in der Be-



völkerung übertraf bei weitem die Hoffnungen derer, die für dieses Thema gestritten haben. Es war die erfolgreichste Kampagne des Kulturland Brandenburg e.V. Wie geht die Kirche mit den Herausforderungen um? Zunächst einmal ist zu sagen, dass die Strukturreformen der Landeskirche noch nicht abgeschlossen sind. Eine flächendeckende Versorgung könnte gefährdet sein, wenn sich die Rahmenbedingungen, ich sagte es eingangs, massiv verschlechtern sollten. In den Strukturüberlegungen der evangelischen Kirche in Deutschland für das Jahr 2030 wird das so genannte Cathedralmodell favorisiert. Das bedeutet, nicht mehr an jedem Ort wird das vollständige, ich sage einmal kirchliche Programm von den Kindergärten bis zu den Senioren angeboten, sondern nur an bestimmten Hauptorten, an denen ablesbar ist, was Kirche meint, worauf sie zielt. Für das Land bedeutet dies vermutlich nichts anderes als die Rückkehr zu früheren Strukturen, die davon gekennzeichnet waren, dass die Gemeinden von einem Kirchdorf aus versorgt wurden. Genau dieses ist in weiten Teilen der Uckermark der Fall. Mit den Details der Schwierigkeiten dieses Strukturwandels will ich Sie hier aber verschonen. Fest steht, das Versorgungsnetz wird immer grobmaschiger. Die Dorfläden, Postämter, Gaststätten, Sparkassenfilialen, Arztpraxen, Schulen schließen, Bahnlinien werden stillgelegt. Wir merken das daran, dass Pfarrhäuser in einer ganz anderen Weise von der Bevölkerung angelaufen werden, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, und zwar nicht nur von Christenmenschen, sondern auch von den Bewohnern, als ein Ort an den Kommunikation. Die Frage bleibt, warum sollen wir uns dann in jedem winzigen Dorf überhaupt um die Erhaltung einer Dorfkirche kümmern? Sollten wir im Zeitalter der Globalisierung nicht auch in größeren Dimensionen denken, die Hälfte der Kirchen wegen Unwirtschaftlichkeit schließen? Ein Phänomen erscheint mir für diese Frage doch interessanter als man denkt: Eigenartigerweise funktioniert die Logik der Schließung von Dorfkirchen nicht, weil in der Regel die Proteste bei den angekündigten Aufgaben von Kirchen größer sind als bei der Schließung der letzten Dorfkneipe.

Bischof Huber hat mal gesagt: Lasst uns ankündigen, dass wir eine Dorfkirche schließen, und wir werden ein Förderverein ernennen. Festzustellen ist jedenfalls: Trotz der Abwanderung vieler Leistungsträger haben sich in fast 200 Orten des Landes Brandenburg Fördervereine gegründet mit dem Ziel, das jeweilige Kirchengebäude zu erhalten, es instand zu setzen und zu nutzen. Der günstigste Fall dieser Fördervereine in ihrer inneren Zusammensetzung und Zielstellung ist nach unserer Auffassung dann erreicht, wenn sich Alteingesessene und Neudörfler, wie wir sagen, auch Gemeindemitglieder und Nichtchristen zusammenschließen und für ein Kirchengebäude mit erweiterter Nutzung einsetzen, gemeinsam Nutzungskonzepte entwickeln. Denn weit über das hinaus, was in den Kirchen stattfindet, sind die Kirchengebäude auch in ihrer eigenen Ausstrahlung für die Identität der Dörfer und der Landschaft von größter Bedeutung. Lassen Sie mich aus der Fülle der Beispiele nur ein einziges nennen. Das Dorf Rosow bildet den äußersten nordöstlichen Zipfel des Landes Brandenburg. Die nächst größere Stadt ist Stettin. Nur einige hundert Meter hinter dem Ortsausgangsschild liegt der Grenzübergang Pomellen, der uns aus den Nachrichten als Stauort bekannt ist. Nach Rosow selbst verirrt sich selten ein Fremder. In den letzten Kriegstagen des Jahres 1945 brannte die mittelalterliche Feldsteinkirche völlig aus. Zu Beginn der 50er Jahre wurde das Kirchenschiff mit den damals zur Verfügung stehenden Mitteln notdürftig wiederhergestellt. Die Gemeinde leistete sich sogar eine neue Orgel, die jedoch aufgrund schon eindringender Feuchtigkeit nicht mehr bespielt werden konnte. Gottesdienste der nur knapp 40 Mitglieder zählenden Kirchengemeinde finden seitdem im benachbarten Ort statt. Der eigentliche Kirchraum wurde seit Jahrzehnten nicht mehr genutzt. Auf Initiative des Gemeindepfarrers sowie des ehrenamtlichen Bürgermeisters und mit Unterstützung des Förderkreises alter Kirchen wurde vor drei Jahren der Förderverein „Gedächtniskirche Rosow“ ins Leben gerufen. Das vom Krieg gekennzeichnete Gotteshaus wurde zu einer deutsch-polnischen Gedenkstätte für Flucht-, Vertreibung und für den Neuanfang ausgebaut.

Angesichts des polnischen EU-Beitritts wurden Nachkriegsschicksale beider Seiten des heutigen Grenzverlaufes dokumentiert. Kultur- und Diskussionsveranstaltungen finden statt, Menschen begegnen einander, die sich trotz räumlicher Nähe innerlich noch ziemlich fremd sind. Gibt es dafür einen besseren Ort als ein Kirchengebäude? Der Turm, dessen barocker Fachwerkaufsatz im Krieg ebenfalls zerstört wurde, wird in diesen Jahren gerade mit Fördermitteln aus dem Pomerania-Programm der EU wiederaufgebaut. Als Zeichen für die Menschen der Region beiderseits der Oder ist dieser Kirchturm eine großartige Sache. Sie merken, das ist ein Beispiel dafür, wie trotz der ständigen Veränderung der Bevölkerung in ihrer Zusammensetzung ganz neue Dinge ins Blickfeld kommen, um Identität zu stiften. Die Dorfkirchen bleiben nach unserer Auffassung das Gerüst, die Bühne, der Ort, in dem zur Darstellung kommt, was alle Menschen gemeinsam angeht. Wo Clubhäuser der LPG geschlossen worden sind, ist die Dorfkirche die Verbindung.

Lassen Sie mich jetzt einige Worte zum Thema kulturelle Bildung sagen. Wir haben in Brandenburg 140 Posaunenchoräle und etwa doppelt so viele Kantoreien und Kirchenchoräle. Sie merken, die Zahlen gäbe es nicht, wenn es nicht trotz des demografischen Wandels einen hohen Identifikationsgrad gäbe. Anhand des Dorfkirchensommers, der gerade zehn Jahre alt geworden ist, will ich auf Ihre Fragen im Einzelnen eingehen. Die Auswirkungen des demografischen Wandels spiegeln sich im Programm, das weniger auf junges Publikum, als auf mittlere und ältere Generation zugeschnitten ist. Kamen vor zehn Jahren noch überwiegend Ältere, sozusagen die Treuen der Kirchengemeinde und deren Freunde, so entdeckten in den letzten Jahren zunehmend Angehörige der mittleren Generationen den Dorfkirchensommer als ihr Kulturangebot. Nutzerzahlen sind nicht erfasst. Der Einzugsbereich ist inzwischen flächendeckend. Das Verhältnis zwischen Touristen und örtlicher Bevölkerung liegt in der Regel bei 25 Touristen zu 75 Menschen aus dem Ort. Allerdings schwankt das, je nach Entfernung von Berlin oder Potsdam. Kinder werden seitens der Programm-

verantwortlichen als die Kundschaft von morgen angesehen, sie werden sowohl als Mitwirkende als auch als Nutznießer der Veranstaltung wahrgenommen. Wo immer Kinder und Jugendliche in den Orten ansprechbar sind, etwa über die Schule, über den kirchlichen Kindergarten oder andere Wege, werden sie in die Durchführung der Veranstaltung eingebunden. Senioren sind häufig als Ehrenamtliche das Rückgrat der Veranstaltung. Die Abwanderung der Bevölkerung ist für die Produktionsbedingung des Dorfkirchensommers fast ohne Belang, da die Programmgestaltung zentral und in Abstimmung mit den vorhandenen örtlichen Ansprechpartnern meist über die Pfarrämter organisiert wird. Der demografische Wandel führt zu mehr Konkurrenz und gleichzeitig zu mehr Gemeinsinn. Die Rolle der Kultur bedeutet für viele, die die Angebote des Kirchensommers wahrnehmen, bestätigende Kontinuität und Stärkung der Identität in einer Zeit von Diskontinuität.

Zur letzten Frage, dem Handlungsbedarf: Ich fasse zusammen, was die Verantwortlichen des Dorfkirchensommers des Förderkreises Alte Kirchen, die Landeskirchen, Musikdirektoren und örtliche Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer sagen: Das Wichtigste ist die Stärkung des Ehrenamtes. Wer trotz des demografischen Wandels Kultur und kulturelle Bildung auf dem Lande will, muss zukünftig die Produktionsbedingungen von Kultur viel enger mit den jeweiligen Akteuren zusammen sehen. Das bedeutet, wer das Ehrenamt will, muss Angebote machen, wie etwa Anrechnung auf die Rente, spezifische Versicherungen, Einrichtung und niederschwellige Zugänglichkeit zweckgebundener Fonds für die Durchführung von Kulturveranstaltungen durch freie Träger sowie Ausreichung von Fördermitteln zur Aus-, Fort- und Weiterbildung der ehrenamtlich Tätigen. Zweiter Komplex: Wiederaufbau eines Förderprogramms zur Erhaltung der Dorfkirchen. Die Streichung des Dach- und Fachprogramms durch die Bundesregierung zugunsten der Erhaltung von drei Berliner Opernstätten, wird in den Orten der Fläche als eine glatte Ohrfeige empfunden. Dritter Komplex: Einrichtung eines Denkmalfonds der Brandenburgischen Landesre-

gierung. Die Landesregierung hat die Denkmalpflegemittel 1994 über das Gemeindefinanzierungsgesetz direkt in die Verfügung der Kommunen gegeben. Das führt dazu, dass unsere Arbeit erschwert wird.

Ich danke Ihnen sehr.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Neubert. Herr Schubert bitte.

**Armin Schubert** (Geschäftsführer Kinder- und Jugend-Kunstgalerie Sonnensegele.V.): Es ist wirklich erfreulich, dass die Enquete-Kommission sich dem Arbeitsfeld der kulturellen Bildung und der Jugendarbeit widmet und anhört, was wir für diesem Bereich zu sagen haben. Wie Sie wissen, ist kulturelle Bildung immer auch Selbstbildung. Kulturellen Lernprozessen sind aber nicht schulisch kognitiv, sondern ganz anders in Aneignung von Wirklichkeit im direkten Umgang. Darin impliziert ist Selbsttätigkeit bis zur Teilhabe, bis zur Partizipation an gesellschaftlichen Problematiken, bis zur Subjektivität und all diesen Dingen. Ich stecke seit siebzehn Jahren in diesem Arbeitsfeld, seit einigen Jahren sind wir Modellprojekt der BKJ (Bundesvereinigung für außerschulische kulturelle Kinder- und Jugendbildung). Die BKJ befasst sich mit den Kompetenznachweis Kultur, und ich kann durchaus sagen, dass wir im Land Brandenburg kräftig daran mitwirken und dass die Kompetenzen, die von Jugendlichen in kultureller Bildung erworben werden, die Gesamtpersonalkompetenz steigert, und dass die kulturelle Arbeit zur sozialen und politischen Mündigkeit im Sinne Kants und Schillers führt.

Kulturelle Bildung ist so plural wie unsere Gesellschaft. Gleichzeitig darf sie sie nicht – und das macht Kommunalpolitik oft – als Reparaturbetrieb für gesellschaftlichen Notlagen begreifen und missbrauchen. Kulturelle Bildung setzt auf Prävention und hat einen Schwerpunkt in der sozialen Kompetenzentwicklung. Dies als wichtige Vorbemerkung. Ich merke aber auch, dass ich nach siebzehn Jahren in diesem Kul-

turfeld die Jahrhundertforderung nach kultureller Bildung in Deutschland nicht als erfüllt ansehen kann, und ich beobachte eine gewisse geistige Verelendung, die mir Sorgen macht. Man könnte es mit diesen Worten sagen: Unsere Gesellschaft hat kulturelles Aids. Was ist dagegen zu tun? Ein Mittel, diese Krankheit anzugehen, ist kulturelle Bildung von klein auf. Lassen Sie mich ein paar Bilder zeigen, die zum Thema demografischer Wandel passen könnten. Sie sind Metaphern, zum Teil konkrete Reaktionen. (...)

Zurück zum Text. Sie fragen in der ersten Frage, welche Auswirkungen der demografische Wandel auf die kulturelle Nachfrage hat. Knapp gesagt: 1989 waren wir 100.000 Einwohner jetzt sind wir bei 68.000. Meine Kulturbeauftragte sagt, wir haben eine jährliche Abwanderung von 2.000 Einwohnern pro Jahr. Der Trend scheint noch positiv durch Eingemeindung. Darum richtet die Stadt ihr gesamtes Interesse auf Wirtschaftsansiedlung. Ich habe das jetzt schwer zu spüren bekommen, denn es wurde ein Masterplan beschlossen, der bis 2017 gelten soll, darin kommt kulturelle Bildung fast überhaupt nicht vor. Wir hatten vorher sechszügige Gymnasien, jetzt haben wir durchweg noch zwei Klassen. Kulturelle Bildung als Kann-Aufgabe – na Hoppla. Zweite Frage: Wie setzt sich ihr Publikum zusammen? Nach dem Mauerfall 1990 waren wir zu Gast im Museum. Durften öffentlich arbeiten zur Öffnung und Demokratisierung von Schule. Wir haben eine „Arche“ gebaut und gefragt: Was muss gerettet werden in diesen Wendetagen? Von den Anfängen nach der Wende – wir haben viel auf Raetia-Konzepte gesetzt – ist fast nichts mehr zu spüren, im Gegenteil. Ich habe im Moment eine Elisabeth-Shaw-Ausstellung mit Kinderbüchern, und bis jetzt war ein Kindergarten bei uns, weil die Kinder einen Preis gewonnen haben. So ist das Interesse. Frage ich nach, warum die anderen nicht kommen, gibt es tausend Gründe: Unterbesetzung, zu teuer etc. Trotzdem stecken wir den Kopf nicht in den Sand. Wir versuchen, Kooperationsverträge zu schließen. Bis jetzt haben wir fünf mit Schulen, zwei mit Kindergärten und verbinden dies auch immer mit der Wei-

terbildung von Erzieherinnen und Kindergärtnerinnen und zeigen skandinavische Bildungsfilme von Reinhard Carl, die Sie vielleicht kennen. Was hat sich bei den Nutzern geändert? Ich beobachte, dass sich zum Teil, das gibt es, Lehrerinnen für ihre Klassen schämen. Oft werden bestimmte Schüler wegen Sanktionen nicht mitgenommen. Sie werden also ausgeschlossen von Bildungsangeboten. Oder Lehrer kommen mit kleineren Gruppen, weil nicht alle die Angebote bezahlen können. Es handelt sich um 4 Euro plus Fahrkosten. Eine weitere Frage ist der Einzugsbereich. Wie kann er vergrößert werden? Wir sind eine kreisfreie Stadt. Die Stadt Brandenburg, aus der ich komme, hat von einst 27 Schulen nur noch sechzehn. Wir bemühen uns, und es kommen auch gelegentlich auch Berliner zu uns, Potsdamer, Werderaner, aber das füllt unsern Etat auch nicht. Vom Eigenanteil werde ich gleich noch reden. Vielleicht wäre es eine Lösung, Koordinatoren und Moderatoren in Schul- und Jugendämtern zu finden, um Zielgruppen auch an Einrichtungen der kulturellen Bildung wie unsere zu binden.

Wie ist das Verhältnis von Bevölkerung zu Touristen? Zwei Drittel der Besucher sind Einheimische, ein Drittel sind Angereiste. Die „richtigen“ Touristen aber sind oft Westtouristen, die über unseren Druckladen stolpern und erstaunt sind über die Qualität unserer Produkte und über die Themen, mit denen wir uns beschäftigen. Diese Klientel aus den alten Bundesländern kauft auch Produkte bei uns. Der ostdeutsche Tourist geht besser vorbei. Es könnte Eintritt kosten. Das beobachten wir immer wieder. Welche Rolle, fragen Sie, spielen kulturelle Angebote für Kinder in ihrer Programmgestaltung? Sie haben es gesehen, das bildungsbürgerliche Interesse steigt. Eltern-Kind-Kurse wären der Renner. Ich habe aber nur zwei Kulturpädagogen, die ich bezahlen kann, und habe kaum Honorare für Künstler. Senioren war die Frage und wie sie ins Ehrenamt einzubinden? Ja, die jungen Alten sind wirklich da. Meist sind es Pastorenwitwen. Aber auch andere kommen zu uns und wollen etwas Sinnvolles tun. Regelmäßiges Ehrenamt ist trotzdem schwer zu organisieren. Auch Leute,

die ein Handwerk können, die Setzerin gelernt haben oder Drucker waren, können nicht für nichts arbeiten, weil sie selbst am unteren Limit leben. Da ist Ehrenamt eigentlich eine Zumutung, und ich kann es verstehen. Die Stadt bemüht sich jetzt, „Ehrenamts cards“ einzuführen, d.h., man kann verbilligt mit der Straßenbahn fahren.

Zur Frage freiwillige Leistungen: Ich höre im Moment in Rundfunk und Fernsehen, die Steuerschätzung sei hervorragend. Ich kann Sie nur bitten, in Ihrer Kommission dafür zu sorgen, dass das Finanzausgleichsgesetz in Teilen davon gefüllt wird. Da aber meist die wegziehen, die Steuern zahlen könnten, beißt sich die Katze immer wieder in den Schwanz. Ich höre auch aus unserem Fachreferat im Kulturministerium, dass es da so genannte Kek-Gespräche gebe. Ich vermute, das sind Kulturentwicklungskonzeptionsgespräche, merke aber als Basisarbeiter nicht, dass daraus belastbare Perspektiven erwachsen. Das Ministerium hat uns seit der Wende immer unterstützt. Aber belastbare Perspektiven, dass ich sicher sein könnte, im nächsten Jahr wieder mit 30.000 Euro drin zu sein, habe ich eben nicht. Die so genannten freiwilligen Leistungen, dieses Attribut macht uns sehr zu schaffen. Darüber ist hier gesprochen worden und darum frage ich, wie kann es sein, dass nachgewiesene wirkungsvolle kulturelle Bildungsarbeit als freiwillig deklariert wird? Sie muss mit einem veränderten Kinder- und Jugendhilfegesetz endlich pflichtig und bindend werden. Wir haben 1994 Fördermittel vom Bund bekommen für die Häuser, die Sie gesehen haben. 1997 noch einmal Mittel aus NRW, weil das unser Partnerland ist. Als wir in die freie Trägerschaften mussten, kam ein Diplomvolkswirt aus der Kulturpolitischen Gesellschaft, und hat ermittelt, dass wir 600.000 DM brauchen. Wir bekommen 133.000: 85.000 von der Stadt, 30.000 vom Land, 22.000 muss ich selbst erwirtschaften. Ich sehe, dass wir immer schneller, immer mehr arbeiten, und die Leistungskraft ist nicht oberflächlich, sondern wirklich hervorragend.

Was kann der Bund tun? Eine gute Strategie wäre sicherlich, wenn die Bundeskulturstiftung nicht nur Hochglanzprojekte fördert. Weniger Zadek, dafür mehr Kernar-



beit, mehr Basisprojekte. Mich trifft sehr, wenn Jugendliche an unsere Häuser sprayen „Ihr habt die Macht, wir haben die Nacht“. Das darf uns nicht passieren, darum her mit der kulturellen Bildung. Als letztes ein Ausblick. Was ich sehr gern mit Günter Ücker machen würde, ist ein Projekt mit jungen Leuten – gegen vernagelte Köpfe. Rhythmus ist überall. Schwingen Sie bitte dazu den Taktstock. Ich entschuldige mich für manches harte und verkürzte Wort ... nicht.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Herr Schubert. Ich komme direkt in die Fragerunde und bitte zunächst Frau Kurth um ihre Fragen.

**Abg. Undine Kurth (BÜNDNIS 90/Die Grünen.):** Danke Frau Vorsitzende. Ich habe insgesamt vier Fragen. Die erste geht an Herrn Cornel. Sie haben vorhin gesagt, dass man veränderte Nutzerinteressen verstehen muss. Was hilft Ihnen dabei? Ich glaube, dass der Blick in die Zukunft eine der kompliziertesten Aufgaben ist, die dabei überhaupt zu bewältigen sind. Die Frage geht dann auch gleich an Herrn Hermann. Sie haben über die städtische Kulturentwicklungsplanung gesprochen. Wir haben auch Unterlagen von Ihnen dazu, da werden viele Schritte benannt, die Sie bedenken mussten. Aber auf welcher Grundlage passiert das eigentlich? Herr Wichtmann, Sie sagten, es gebe Kommunen, die jede Förderung ablehnen. Das ist mir sehr wohl bekannt. Wir erleben das leider häufiger. Mit welcher Begründung? Sind das Kommunen, die die Bedeutung von Kultur und kultureller Bildung für ein funktionierendes Gemeinwesen unterschätzen? Und meine letzte Frage an Herrn Pfarrer Neubert. Sie sagten, Kirche sei die Konstante bei wechselnder Bevölkerung. Wir erleben das ja nicht nur an dem Spruch, man möge die Kirche doch im Dorf lassen. Trifft das für alle Generationen zu oder erleben Sie das nur in einer bestimmten Altersgruppe?

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Frau Kurth, Herr Prof. Dr. Schneider, bitte.

**Prof. Dr. Wolfgang Schneider (SV):** Drei kurze Anmerkungen verbunden mit einer Frage an Herrn Simon. Sie haben gesagt, es gebe publikumsorientiertes Programm auf der einen Seite und künstlerische Elfenbeintürme auf der anderen. Das macht mich stutzig und deshalb frage ich nach: Wie hängt das Programm ab von der Bevölkerungsentwicklung? Heißt das, es gibt viele kleine Veranstaltungen? Viele Soloprogramme? Finden die hier statt? Und wie sieht es mit der Auswahl der Stücke und Themen aus? Zum zweiten ist mehrfach die Perspektive des Kulturtourismus angesprochen worden. Herr Wichtmann, gibt es dafür ein übergeordnetes Konzept? Mit welchen Partnern müssen Sie da zukünftig arbeiten? Mir ist nicht ganz klar geworden, ob das wirklich eine konzeptionelle Angelegenheit ist. Drittens und letzter Punkt an den ersten Beigeordneten Herr Hermann: Wir befinden uns an der Oder und damit an der Grenze. Mir scheint der Fluss noch eine ziemlich arge Grenze zu sein, auch wenn ich immer wieder mal gehört habe, dass es Durchlässigkeiten gibt. Wie ist da die Perspektive? Was erwarten Sie von in dem zusammenwachsenden Europa?

**Die Vorsitzende:** Herr Ehrmann, bitte.

**Abg. Siegmund Ehrmann (SPD):** Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren. Zwei Vorbemerkungen. Zunächst einmal möchte ich mich bei Ihnen bedanken für die sehr differenzierte und klare Analyse Ihrer jeweiligen Belange, die Sie hier vorgestellt haben. Ähnlich wie Wolfgang Schneider bin ich versucht, vieles zu kommentieren, vielleicht auch streitig zu diskutieren. Aber nun ist der Zeitrahmen eng gestrickt und ich denke, dass einige Fragen bilateral geklärt werden können. Auf jeden Fall glaube ich, dass wir mit den Dingen, die Sie uns dargelegt haben, unsere Arbeit qualifiziert

weiter betreiben können. Zweite Vorbemerkung: Frau Frese hat den demografischen Wandel im Kontext der ökonomischen Situation in dieser Region beschrieben. Und aus manchen Statements ist auch die sozialpolitische Komponente deutlich geworden, dass es etwa Menschen, Familien gibt, denen es nicht möglich ist teilzuhaben, weil die Mittel fehlen. Ich möchte allerdings auf einen Punkt konkret zu sprechen kommen: Herr Cornel hat am Beispiel der Musikschulen dargestellt, dass die Freqüentierung der Angebote institutionalisierter Kulturarbeit relativ konstant bleibt. Herr Hermann hat konkrete Zahlen für die Situation der Stadt Schwedt genannt. Wenn ich mir aber die Daten der Bibliothek ansehe, dann erinnere ich mich an dieses soziografische Werk von Jahoda: „Die Arbeitslosen von Marienthal“, und was dort auch in den Bibliotheken passiert ist. Hier ist zu beobachten: konstante Besucherzahl, bei den Besuchern allerdings ein drastischer Rückgang um 2.000. Bei den Entleihungen sogar 40.000, also etwa 20, 25 %. Ein Drittel der Bestände ist reduziert worden von 96.000 auf 67.000. Meine Frage ist: Wie sieht es aus mit den Medienetats? Wie steht es um die Aktualität des Angebotes?

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Herr Ehrmann, auch für die beiden Vorbemerkungen im Namen der Mitglieder der Kommission. Bitte bemühen Sie sich um kurze Beantwortung. Wir beginnen rechts außen bei Herrn Wichtmann, der angesprochen worden war von Herrn Schneider und von Frau Kurth.

**Christoph Wichtmann** (Geschäftsführer der Uckermärkischen Musikwochen e.V.): Die letzte Ablehnung durch eine Kommune, die mir mehr oder weniger wörtlich im Gedächtnis ist, hieß: Wir fördern keine Vereine. Es war also keine inhaltliche Begründung, sondern eine grundsätzliche. Ansonsten habe ich den Eindruck, dass die Kommunen, soweit sie in der Lage sind, fördern. Auf Landkreisebene bekommen wir eine Förderung, aber eine recht geringe. Insgesamt erscheint mit der Etat sehr klein,

denn für alle freien Träger gibt es in diesem Jahr einen Etat von etwa 14.500 Euro. Dieser Etat wird mehr oder weniger mit der sprichwörtlichen Gieskanne auf die wenigen Akteure verteilt – und damit wird zumindest für mich keine Konzeption erkennbar. Zum Kulturtourismus: Die Praxis ist immer noch mehr oder weniger die des Einzelkämpfers. Es sind sehr, sehr wenige weit anreisende Touristen, die zu unseren Konzerten kommen. Alle fünf Exkursionen aus Berlin, die in diesem Jahr zu einzelnen Konzerten organisiert wurden, waren selbst akquiriert. Da gab es keine touristische Einrichtung, die das übernommen hätte. Es gibt allerdings so etwas Ähnliches wie ein Konzept auf Landesebene. Vom Kulturministerium ist vor einiger Zeit ein Leitfaden Kulturtourismus in Auftrag gegeben worden. Der hat sich allerdings meines Wissens noch nicht durchgesetzt. Noch ein Jahr nach der Publikation war das Heft vielen Profitouristikern nicht bekannt oder sie sagten: Ja, ja das haben wir in der Geschäftsstelle liegen, aber ich bin noch nicht dazu gekommen, mich darum zu kümmern. Damit wären wir auch schon bei den Partnern, die Touristiker, die DMB eine landesweite Tourismus-Marketing-Gesellschaft in Brandenburg, die auch eigene kulturtouristische Programme organisiert. Wobei ich aber den Eindruck habe, dass die nicht den Erfolg haben, den sie haben müssten.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Herr Wichtmann. Herr Simon war gebeten worden, sich von Herrn Schneider zu der Frage zu äußern, wie sich die Bevölkerungsentwicklung auf das Programm auswirkt.

**Reinhard Simon** (Intendant der Uckermärkischen Bühnen Schwedt): Da ich diese Frage nicht so kurz beantworten kann, würde ich vorschlagen, dass ich mich persönlich mit Herrn Prof. Dr. Schneider in Verbindung setze. Ganz kurz sei nur gesagt: Angebote müssen über mehrere Jahre geplant werden. Da wir da nun schon viele Jahre Erfahrung haben, wissen wir ganz genau, in welche Richtung denken müssen.

Nehmen wir bloß mal den Kinder- und Jugendbereich, der bei uns trotz des demografischen Problems des Immer-Älterwerdens immer noch eine gleichwertige Rolle spielt. Wichtig ist die Einbindung von Lehrern bis hin zu Qualifizierung von Lehrern. Dazu gehört, dass die Auswahl der Themen mit dem Lehrplan abgestimmt wird. Das geht bis hin bis zum Aufbau von Identifikationsfiguren, die wir dafür einsetzen und bei den Schülern beliebt machen.

**Die Vorsitzende:** Herr Neubert, Kirche ist die Konstante bei wechselnder Bevölkerung. Ist das generationenabhängig oder nicht?

**Pfr. Christhard-Georg Neubert** (Direktor der Kulturstiftung St. Matthäus und Kunstbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz): Nach meinem Eindruck ist das generationenabhängig. Primär jedenfalls und im direkten Sinne. Es betrifft diejenigen, die am Ort bleiben, bleiben müssen. Es betrifft vor allen Dingen die Senioren. Darüber gibt es inzwischen Studien. Was wir von den Jugendlichen wissen, die weggehen, ist ungenau. Wir wissen manchmal nur durch Rückmeldungen etwa von Studentengemeinden aus westdeutschen Studienstädten, wo sie landen. Aber genaueres Material gibt es dazu nicht.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Herr Neubert. Herr Hermann: Auf welcher Grundlage entstand Ihr städtischer Kulturentwicklungsplan, wie ist Ihre Perspektive auf die deutsch-polnische Zusammenarbeit und die Nachfrage zur Bibliothek.

**Lutz Hermann** (Erster Beigeordneter des Bürgermeisters der Stadt Schwedt): Frau Kurth, Grundlagen der jeweiligen Fortschreibung sind im Wesentlichen drei Quellen: Zum einen empirische Untersuchungen, die wir über die Einrichtungen und über die städtische Kulturverwaltung zur Frage der Rezeption der Angebote erheben. Die

zweite Quelle ist thematischer Art, indem wir aus Sicht der Kulturverwaltung bestimmte Leitlinien in den politischen Raum einbringen. Und die dritte Quelle sind Ideen aus dem politischen Raum der Kommunalpolitik selbst. Dieses fließt dann in die üblichen Fortschreibungsdiskussionen ein und mündet im jeweiligen Fortschreibungsprozedere. Wir haben zumindest ein relativ effektives Verfahren gefunden, mit dem wir mit den Kommunalpolitikern über die Frage kulturelle Infrastruktur institutionell und über die gesamte Problematik der Förderung durchaus erfolgsbezogen diskutieren können.

Herr Professor Schneider, die Perspektive Schwedts bezüglich seiner geografischen Grenzlage: Bisher konnten wir bezüglich der Rezipienten unserer Angebote – egal ob es um Handel, Dienstleistung, Gewerbe oder um eine Kultureinrichtung geht – auf einen Halbkreis zurückgreifen, der im Wesentlichen östlich durch die Oder begrenzt ist. Stadtmarketing heißt für uns, dass wir diesen Halbkreis zu einem Vollkreis erweitern. Dieses ist auch Bestandteil von Kulturmarketing. Wir versuchen es, Herr Simon hat das Ganze geschildert, zum einen, indem wir versuchen, passgenaue Angebote auch für Publikum jenseits der Oder. Das reicht bis hin zu passenden Verkehrsangeboten, so dass auf diese Art und Weise aus dem Halbkreis ein Vollkreis werden kann. Darüber hinaus versuchen wir, den Interessen unserer polnischen Partner nachkommen, indem wir in gemeinsamen Projekten versuchen, den einen oder anderen europäischen Fördertopf anzuzapfen, der ihnen ansonsten verwehrt bliebe. Da brauchen wir uns nichts vormachen, und wir begleiten unsere polnischen Partner auf diesen Themenfeld gern. Soweit also zum Grundansatz unserer Idee. Man muss allerdings davon ausgehen, dass die diesbezüglichen Beständigkeiten in der Frage, wie unsere polnischen Partner mit derartigen Dingen umgehen, auch erheblichen Schwankungen unterworfen sind. Das gilt im Rahmen der großen Politik wie auch auf der Ebene der Kommunalpolitik. Unsere Linie ist aber, wie gesagt, aus dem Halbkreis der Rezipienten einen Vollkreis zu schmieden.

Herr Ehrmann: Von den reinen Zahlen her ist tatsächlich der Medienetat im Sinken begriffen. Wir haben hier allerdings den unterschiedlichen Nutzerstrukturen Rechnung getragen. Die Besucherzahlen sind konstant, die Entleihungen sind zurückgegangen. Wir haben versucht zu analysieren. EDV macht das möglich, was sind vor-dergründig die Dinge, die nachgefragt und entliehen werden. So haben wir in einem über Jahre andauernden Prozess versucht, den Medienbestand auszudünnen bis auf eine im Moment effektive Medienquote, die uns zwei Möglichkeiten schafft. Zum einen, den Nachfragebedarf erfüllen zu können, zum anderen, dass wir im Stande sind, diesen Medienbestand mit den Mitteln, die wir für Neubeschaffungen aufwenden können, aktuell zu halten. Mit dieser Medienquote glauben wir beide Dinge bedienen zu können. Wir sind im Stande, das Angebot aktuell und damit auch nachfragebereit zu halten, und wir können den wesentlichen Bedarf dessen, was nachgefragt wird, aus dem eigenen Bestand abdecken. Insofern ist es also eine Frage, die sich aus datengestützter Empirie speist. Konsequenter Weise sind wir in den Vierteln, wo wir zurückgebaut haben, logischer Weise auch mit den Standorten zurückgegangen.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Hermann. Herr Cornel, Sie waren angesprochen worden von Frau Kurth, was die veränderten Nutzerinteressen angeht.

**Hajo Cornel** (Leiter der Abteilung Kultur im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur): Umgehen sollte man damit vor allem sensibel. Dass sich Nutzerinteressen entwickeln und verändern, ist ja unabhängig von der demografischen Entwicklung. Gott sei Dank ist das immer so gewesen, und wenn es nicht so wäre, wäre es auch furchtbar langweilig. Natürlich verdichtet sich das vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, dazu ist ja schon einiges gesagt worden. Im Nutzerinteresse drückt sich ja immer so etwas aus wie ein bürgerschaftliches Recht auf Teilha-

be an Kultur. Es geht also darum, Angebote von Nutzerseite aus zu definieren. Wichtig an diesem Prozess ist aber, dass dieses Nutzerinteresse immer wieder gebrochen wird durch die Angebote – und da wird es ja dann wirklich spannend. Diejenigen, die Kultur anbieten, insbesondere die Kunstinstitutionen, müssen das Publikum und also auch die Interessenten herausfordern und nicht nur bestätigen. Kulturpolitik kann mit dieser Entwicklung wirklich nur dann gut umgehen, wenn sie möglichst nahe dran ist. Also das ist dann wirklich fast schon eine Frage der teilnehmenden Beobachtung, bzw. ein Kommunikationsprozess, dem man sich stellen muss. Und dafür gibt es einfach nur die Grundregel, möglichst viel Nähe zu suchen und in mehrfacher Hinsicht sensibel darauf zu reagieren und damit umzugehen.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Cornel. Wir gehen in die zweite Fragerunde. Herr Prof. Dr. Kramer bitte.

**Prof. Dr. Dieter Kramer (SV):** Vielen Dank. Ich habe zweieinhalb Fragen: Es wurde gefragt nach Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen und Regionen. Ich habe öfters mit Österreich und der Schweiz zu tun. Dort gibt es auch selektive Abwanderungen aus den Bergregionen, aus den Alpenregionen, mit gravierenden Folgen. Gibt es Erfahrungsaustausche mit diesen Regionen? Die Frage richtet sich an den Vertreter der Kommune. Zweite Frage, ebenfalls an die Kommune. Gibt es Versuche, die Abwandernden oder die Abgewanderten über Vereine oder ähnliche Institutionen wieder zurück zu binden an die Gegend hier, wie man das in anderen Gebieten ja auch macht? Die dritte Frage an Herrn Schubert und an Herrn Neubert: Gibt es Strategien, mit denen man Personen, die sich dem demokratischen Diskurs entziehen oder bereits entzogen haben, wieder zurück gewinnen kann in die Gemeinschaft – die „Vernagelung“ aufbrechen kann?



**Die Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Kramer. Frau Boldt bitte.

**Helga Boldt (SV):** Meine Frage richtet sich an den Vertreter der Kommunen aber auch an Frau Neubert und Herrn Cornel. Es zog sich durch alle Wortbeiträge, dass es im Kern darum gehen muss, sinnvolle Kooperation mehr als bisher zu unterstützen und dass die zentralen Adressaten eigentlich diejenigen sind, die am Ort bleiben oder bleiben müssen. Es wäre eine Überforderung, von der Kultur zu erwarten, dass sie die Abwanderungsprozesse zu stoppt oder umkehrt. Zu stark war mir dabei der Rezeptionsaspekt. Es kann ja nicht nur darum gehen, Angebote zu machen, sondern tatsächlich im ernsthaften Sinne Partizipationschancen, Aktivitätschancen zu schaffen. Hierzu auch meine Frage an Sie: Welche Unterstützung brauchen Sie, um solche eher aktivitätsbezogenen Angebote auch generationenübergreifend zu unterbreiten? Welche Formen der Förderung durch das Land gibt es bereits für solche Aktivitäten? Welche darüber hinaus gehenden Unterstützungen brauchten Sie?

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Frau Boldt. Herr Waitz bitte.

**Abg. Christoph Waitz (FDP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine erste Frage schließt an Herr Prof. Dr. Kramer an und richtet sich an Herrn Hermann als Vertreter der hiesigen Kommune. Mich würde interessieren, in welchem Umfang die Situation der Kommunen und Städte in dieser extremen Randlage im Osten Deutschlands dazu geführt hat, dass man sich hier stärker austauscht und auch gemeinsam politische Interessen artikuliert. Bis zur deutschen Einheit gab es so etwas wie eine Zonenrandförderung. Ich will das als Liberaler nicht unbedingt in den Ring werfen, aber ich sehe durchaus gemeinsame Ansätze, die man auch gemeinsam formulieren müsste. Die zweite Frage richtet an Frau Schubert, die sehr deutlich artikuliert hat, welche Bedeutung die Intellektuellen und Künstler hier in der Uckermark haben können und

zugleich, in welcher sozialen Situation sich die Künstler befinden. Mich würde interessieren, ob es schon Erfahrungen gibt, wie sich Kreative und Künstler dauerhaft in der Region ansiedeln und wie man es schaffen kann, dass die sozialen Konflikte zwischen Alt-Uckermärkern und diesen Kreativen, die künftig einmal so etwas wie diese kreative Industrie darstellen könnten, überwinden kann? Die dritte Frage richtet sich sowohl an Frau Frese als auch an Frau Schubert: Mich würde interessieren, wie man ein Uckermärkisches Selbstverständnis befördern könnte, so dass ein gewisser Stolz gefördert wird, aus dieser Region zu kommen und der dazu führt, dass man als Uckermärker mit einer größeren Selbstverständlichkeit zurückkommt.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Herr Waitz. Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Cornell: Wie Sie als Vorreiter – und das sind Sie unbestritten – die Rolle und die Aktivitäten der Kultusministerkonferenz und des Deutschen Städtetags zum Thema demografischer Wandel? Ich möchte Ihnen auch gleich die Gelegenheit geben, hier anzufangen.

**Hajo Cornel** (Leiter der Abteilung Kultur im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur): Das ist ja keine ganz leichte Frage. Danke für das Lob. Die KMK hat zum Thema demografische Entwicklung und Kultur vor etwa zwei Jahren eine Erklärung abgegeben. Wir haben gerade vor zwei Wochen im Kulturausschuss der KMK zusammen gesessen und überlegt, was die Schwerpunkte der nächsten Zeit sein könnten. Deshalb kann ich sagen, dass wir uns auch immer wieder neu mit diesem Thema befassen, aber es wird keine neue Erklärung geben – auch, weil das Handlungsinstrument der KMK nicht überstrapaziert werden kann. Denn Akteure in diesem Prozess sind die Länder und Kommunen.

Zur Frage von Frau Boldt: Natürlich ist bei der Kulturförderung immer auch ein Anliegen, partizipative Möglichkeiten für die Nutzer zu schaffen – die dann möglicherweise

den Charakter der Nutzung verändern. Das ist ein Aspekt, den man immer auch im Blick haben muss. Das Land kann hier aber auch nur Anreize schaffen – Anreize, die andere umsetzen. Der Staat ist da herzlich wenig geeignet, selbst Initiativ zu werden, das ist schon aus guten Gründen bürgerschaftliches Engagement. Der Staat hat die Aufgabe, hier mit Rahmenbedingungen zu unterstützen. Ich beobachte sowohl im Land Brandenburg, aber auch darüber hinaus, dass es schon Akteure gibt, die gern etwas machen würden, aufgrund der begrenzten Ressourcen aber Schwierigkeiten haben, für sich selbst zu klären, worauf sie sich konzentrieren könnten. Deshalb wären Modellprojekte wichtig, in denen man verschiedene Wege ausprobiert. Das könnte eine Aufgabe sein.

**Lutz Hermann** (Erster Beigeordneter des Bürgermeisters der Stadt Schwedt): Ich möchte mich gleich an Herrn Cornel anschließen zur Frage, wie man von Rezeption zur Partizipation kommt: Tatsächlich ist das aus unserer Sicht auch ein sehr schwer zu handhabendes Thema. Sie hatten ja gefragt, welche Hilfen könnten wir uns in dieser gesamten Problematik vorstellen. Ich meine, tatsächlich eine Initialzündung für die Entwicklung derartiger Projekte, in denen Teilhabe im Mittelpunkt steht. Ideen dafür können, glaube ich, nur von den jeweiligen Nutzerstrukturen selbst kommen, wir können nur Anreize geben. Wenn es aber darum geht, solche Projekte insbesondere unter dem generationsübergreifenden Aspekt zu fördern, ist für mich wesentlich, dass auch aus anderen Politikbereichen gefördert wird, durch die Soziale- und Jugendförderung beispielsweise. Und an dieser Stelle, das will ich hier nicht verhehlen, haben wir Defizite allein aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten. Wenn es also darum geht, in dieser Frage weiter zu kommen, einen Ansatz von teilhabebezogenen Projekten fördern zu können, benötigen wir eine bessere Verzahnung der Fördermöglichkeiten etwa der Aufgaben der klassischen Jugendhilfeförderung mit denen

der Kulturförderung. Das sind die Kommunen und auf der anderen Seite die Landkreise, und kreisfreien Städte. Gerade hier haben wir aber Handlungsbedarf.

Zur Frage von Herrn Prof. Dr. Kramer, Problematik Abwanderung. Herr Prof. Kramer, ich glaube, der Ansatz, dass man Abwanderung junger Menschen durch intensiveres Einbinden in die städtische Gemeinschaft durch Angebote von Kultur etc. wirksam begegnen kann, greift unter den hiesigen Bedingungen nicht. Junge Menschen wandern in aller Regel nicht deshalb ab, weil sie keine kulturellen Angebote und Möglichkeiten finden, sondern es hat schlichtweg mit den harten Faktoren existenzieller Lebenssicherung zu tun. Das Angebot an Arbeitsplätzen für abhängig Beschäftigte in unserer Stadt beläuft sich auf 12.700 Arbeitsplätze. Wenn ich die in der Bundesrepublik bekannten statistischen Daten hochrechne, wird deutlich, dass in unserer Stadt und in dieser Region mehr Menschen leben, als wir tatsächlich durch Arbeitsplätze sichern können. Wir brauchen uns deshalb nichts vormachen, es wird nach wie vor Ausgleichsprozesse geben müssen. Menschen müssen uns verlassen, weil sie auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Alles, was hier abläuft, ist ein Klärungsprozess. Wenn mehr Menschen hier leben als Arbeitsplätze verfügbar sind, können wir die, die nicht unterkommen, entweder aus öffentlichen Mitteln alimentieren oder wir müssen feststellen, dass uns ein Teil verlässt. Dieser Prozess läuft noch. Ich denke, die Zielgröße wird so etwa bei 30.000 liegen. Dann ist das etwa wieder ein Verhältnis, dass von einem Arbeitsplatz abhängige Beschäftigung gut und gern etwas mehr als zwei Menschen leben können. Insofern wäre dann sogar schon wieder alles im Lot. Dem Abwandern von jungen Menschen kann man nur durch Arbeit etwas entgegensetzen. Angebote in Vereinsstrukturen oder ähnlichem werden, denke ich, das Problem nicht aus der Welt schaffen.

Herr Waitz, Sie fragten nach gemeinsamen Initiativen der Städte. Ich bezeichne es mal im weitesten Sinne im „Grenzgebiet Ost“. Ich glaube in der letzten Wahlperiode der Ära Kohl gab es tatsächlich auch Intentionen, das so genannte Zonenrandpro-

gramm wieder aufleben zu lassen in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und in der Fortsetzung sogar Bayern, die in der Grenze zu Tschechien ja über ähnlich Probleme zu klagen haben. Derartige Initiativen haben sich, glaube ich, totgelaufen. Mir ist diesbezüglich auch aus meinen Tätigkeiten in überregionalen Gremien des Deutschen Städtetags nichts Derartiges bekannt. Was wir im Moment machen, liegt weit unterhalb der institutionellen Ebene. Gestützt durch die Spitzenverbände sowohl im brandenburgischen Städtegemeindegewand als auch des Deutschen Städtetages tauschen wir uns mit Städten mit vergleichbaren Problemlagen aus und schauen, wo in dem Zusammenhang tatsächlich von Erfahrungen anderer gelernt werden kann – sei es, dass man durch Austausch und Diskussion über die jeweiligen Problemlagen die eigenen Probleme besser lösen kann, sei es durch Nachmachen anderer Lösungen. Also hier versuchen die Spitzenverbände in den jeweiligen Gremien schon das eine oder andere zu tun. Unabhängig davon sind die Verhältnisse in den Städten auch immer noch sehr unterschiedlich. Es hat in erster Linie damit zu tun, ob sie auf der jeweiligen anderen Seite ein Pendant haben wie in Görlitz, Guben/Gubin oder auch Frankfurt. Dort stellt sich die Situation etwas anders dar als beispielsweise in Schwedt. Ich selbst sitze dem entsprechenden Ausschuss des brandenburgischen Städtegemeindegewandes vor. Wir versuchen dort natürlich schon, den Diskurs und den Dialog zwischen vergleichbaren Städten zu fördern.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Herr Hermann, das waren an Sie gerichteten Fragen. Jetzt Frau Frese, bitte.

**Kathrin Frese** (Geschäftsführerin des Multikulturellen Centrumms Templin e.V.): Sie haben ein sehr interessanten Punkt angesprochen. Brandenburg befindet sich, glaube ich jedenfalls, in einer besonderen Situation. Wir hatten es ja schon zu Anfang

gesagt: Die Uckermark gilt mit weniger als 60 Einwohnern pro Quadratkilometer als unbesiedeltes Land, zugleich haben wir in der Mitte von Brandenburg die größte Metropole Deutschlands. In diesem Wechselverhältnis befinden wir uns hier ständig – weil einerseits die Einwohner Brandenburgs, andererseits die Bewohner Berlins auf uns schauen. In diesem direkten Vergleich fühlen sich Brandenburger schnell abgewertet. Andererseits spielen die Medien eine große Rolle. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und das Fernsehen senden immer wieder ironische Beiträge über das Landleben. Oft sind es Journalisten, die eigentlich in der Berliner Metropole wohnen und lächelnd über das Landleben hier berichten. Ganz anders, denke ich, ist das z.B. in Mecklenburg, wo das Land doch mehr aus sich selbst heraus lebt. Das hat zum anderen aber auch positive Effekte. Brandenburg ist so auch Hauptstadtregion, und gerade im kulturellen Bereich findet ein starker Kulturimport von Berlin nach Brandenburg statt. Dadurch werden auch Regionen wie die Uckermark bekannter. Ich erinnere etwa an den Film von Volker Koepp „Uckermark“, der auf internationalen Festivals gelaufen ist. Die Uckermark wird auch immer wieder gern als Filmkulisse gewählt, und so wird die Region auch bekannter gemacht, gerade durch Künstler. Ich finde aber auch richtig, wenn die Kommunen stärker versuchen, Vereine zu gründen, die die abgewanderte Bevölkerung wieder mit einbeziehen. Es ist für mich immer wieder beeindruckend, wie stark die Heimatbindung doch ist. Das merken wir an den Menschen, die vor 30 oder 40 Jahren weggegangen sind und jetzt wiederkommen. Ich sehe hier ein Potential, an das man anknüpfen sollte.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau Frese. Herr Neubert, Sie waren von Frau Boldt und von Herrn Kramer zur Frage der Strategie befragt worden.

**Pfr. Christhard-Georg Neubert** (Direktor der Kulturstiftung St. Matthäus und Kunstbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz):

Herr Prof. Kramer, die Frage danach, wie Menschen zurück gewonnen werden könnten: Das evangelische Jugendführergewerk unterhält dazu eine ganze Reihe von Einrichtungen, übrigens auch hier in der Uckermark. Es würde aber wahrscheinlich zu weit führen, das hier auszuführen. Die andere Frage von Frau Boldt. Welche Unterstützung bräuchten diejenigen, die Kultur machen, um generationsübergreifende Angebote zu unterstützen? Also ich würde gern an das anknüpfen, was Herr Schubert vorgetragen hat, denn es geht um einen Kulturbegriff, der eben nicht enggeführt werden darf. In der Erziehungswissenschaft gibt es den Begriff „Überlebenswissen“. Und ich glaube, es geht genau darum: um das Organisieren einer kulturellen Bildung, die langfristig und nachhaltig ansetzt. Wenn Projekte lediglich ein Jahr lang laufen können, dann merken wir sehr schnell, dass das im Alltag der Projektdurchführung zu massivem Druck führt. Während das eine Projekt läuft, müssen bereits die Projektförderanträge für das nächste Jahr organisiert werden. Und das ist in der Praxis nicht lange durchzuhalten. Das bedeutet, Förderzuwendungen müssen verlängert werden. Das zweite ist, wir müssen das ehrenamtliche Engagement stärken, denn es sind nicht nur Senioren, sondern es sind auch jüngere Leute, die ehrenamtlich tätig sein wollen, aber dann zumindest versichert sein müssen. Und man muss dafür sorgen, dass dieses Ehrenamt ordentlich honoriert wird. Es gibt eine Möglichkeit, dass Bildung, die im Ehrenamt erworben wird, zertifiziert werden kann. Also in diese Richtung würde ich eher denken.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Neubert. Herr Schubert, bitte. Sie waren gefragt worden von Herrn Prof. Kramer und von Herrn Waitz.

**Armin Schubert** (Geschäftsführer Kinder- und Jugend-Kunstgalerie Sonnensegel e.V.): Es ging um Diskurs mit „Vernagelten“. Natürlich haben wir in diesem Feld gearbeitet. Es ist nicht im unserem Interesse, die brave Muttertagskarte zu produzieren

– obwohl wir das gelegentlich auch tun. Wir sind also voll drin im Betrieb, wir sind so plural mit kultureller Bildung wie die Gesellschaft plural ist. So habe ich z.B. 1998 in Vorbereitung auf den 90. Geburtstag von HAP Grieshaber ein Projekt gemacht: den großen Holzschneider aus Reutlingen. Den „Engel der Geschichte“ hat er 25 mal gedruckt, und wir haben daraus einen „Jugendengel“ gemacht. Was hat so etwas Metaphysisches wie ein Engel mit Jugendlichen zu tun? Ich habe mir eine Gesamtschule gesucht, von der bekannt war, dass da Mobbing, Suizid und Zerstörungswut, rechtsradikale Ausschreitungen passieren. Die Schulleiterin war offen und kam. Vierzehn Tage dauerte das Projekt, und die Jugendlichen haben gemerkt, dass die Zeit nicht reicht. Also habe ich sie überredet, länger zu bleiben. Einer von ihnen war Martin, wirklich ein Rechtsradikaler mit Springerstiefeln, der am Anfang hat nur „unsere deutschen Jungs“ gezeichnet und gedruckt hat. Wir waren erst einmal sprachlos und dachten, lass ihn ausleben, wir werden ihn in Gespräche verwickeln. Wir haben Geschichten erzählt, wie die von Peter Kollwitz und der Weißen Rose. Ich habe ihm „Das Judenauto“, eine Novelle von Franz Fühmann, mitgegeben – er kam von der Fühmann-Schule, darum bot es sich an. Nach fast einem dreiviertel Jahr waren die Soldaten seines Frieses zum Teil verstümmelt. In die Stahlhelme gedruckt: „Wie tief hinab reicht das erinnern?“

Ähnliches bewegten wir mit der Ausstellung „Engel der Geschichte“, die ja in der alten Bundesrepublik eine große Tradition hatte. Wir waren damit bisher in 20 deutschen Städten. Immer wenn ich konnte, habe ich einen der Jugendlichen, die dabei gewesen sind, angerufen und gefragt, ob er oder sie mitkommen kann. Martin war drei Mal dabei. In langen Abständen, von 1998 bis heute – Sie sehen, wie viele Jahre das her ist. Plötzlich erlebte ich ihn in der Lutherstadt Wittenberg bei Friedrich Schorlemmer ganz anders als sonst, mit Plateausohlen, Schlaghosen, Gel in den Haaren. Er war aus der Lehre geflogen, hatte seinen Maurermeister verdroschen. Jetzt war er



Altenpfleger. Vor der Presse sagte er, das Engelprojekt hätte ihm zu denken gegeben.

Gemeinsam mit Detlef Buck haben wir einen Film gedreht: „Platzangst“. Der Schauspieler hat mit unseren Rechtsradikalen Theater gespielt. Wir haben vier Filmpreise bekommen, waren in Neu Delhi. Unsere Theaterarbeit ist inzwischen völlig abgewickelt. Die jungen Leute waren bei der Premiere dabei. Sie hatten eine tolle Presse. Und so könnte ich weiteres erzählen. Das Projekt „Druck gegen Gewalt“ zum Beispiel. Wir machen wie mit Margarete von Trotta, und Schorlemmer, Klaus Staeck und Verhoeven Flugblätter in der Tradition der Weißen Rose. Trotzdem kann es sein, dass ich am 1. Januar die Druckerei auflösen muss. Also das sind Dinge, für die sich der Bund öffnen sollte.

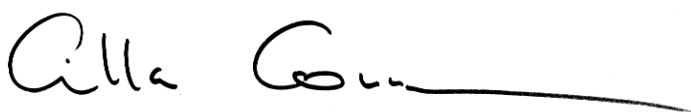
**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Herr Schubert. Zum Schluss Frau Schubert bitte.

**Olivia Schubert** (Kunstwerk Uckermark): Die Uckermark war schon immer Rückzugsgebiet auch von Künstlern. Nach 1989 setzte ein vielschichtiger Prozess ein. Wir haben ja in gewisser Weise Glück, dass Immobilien und Land bei uns kaum noch Geld kosten, so dass sich selbst Künstler leisten können, hierher zu ziehen. Sie genießen hier die Freiheit und den Platz. Es gibt inzwischen Dörfer mit bis zu 80 % Zugang – nicht nur Künstler, auch viele andere Freiberufler. Da kommt es auch schon mal zu sozialen Konflikten. Unsere dezentralen Projekte sollen sie zusammen führen, sei es bei der Gestaltung des Dorfkrugs oder durch Kurse, bei denen sich die ursprüngliche Uckermärkische Bevölkerung und die Künstler oftmals zum ersten Mal in einer gemeinsamen Tätigkeit kennen lernen. Das führt in der Regel dazu, dass das gegenseitige Verständnis wächst. Viele Künstler kommen erst nur im Sommer und gehen im Winter wieder zurück nach Berlin. In der Regel machen sie das Spiel fünf bis sieben Jahre, dann ziehen sie oft ganz in die Uckermark. Probleme erwach-

sen, weil die öffentlichen Verkehrsmittel nicht so guten Anschluss schaffen. Was uns in letzter Zeit oft Schwierigkeiten bereitet, sind zudem Arbeitsbedingungen, wie sie Kreative aus den Bereichen des Webdesigns und Grafikdesigns benötigen. Breitbandkabel und schnelle DSL-Leitungen sind oft nicht mehr zu bekommen. Und das Netz wird nicht ausgebaut werden – was für unsere Kreativzentren ein großes Problem ist. Außerdem versuchen wir, eine spezifische Infrastruktur für Künstler zu entwickeln. In der Uckermark findet man für Kunstberufe kaum erfahrene Steuerberater oder Rechtsanwälte. Für all diese Probleme muss man bisher nach Berlin oder Potsdam fahren.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Frau Schubert. Ich muss jetzt leider das Gespräch beenden, obwohl es noch Fragen gegeben hätte. Ich möchte mich ganz herzlich bei den Sachverständigen für die Zeit die sie sich heute genommen haben bedanken, insbesondere auch für die Zeit der Vorbereitung. Ich danke Frau Schubert, Frau Frese, Herrn Wichtmann, Herrn Simon, Herrn Schubert, Herrn Neubert, Herrn Hermann und Herrn Cornel und bitte Sie, Grüße an die Ministerin zu überbringen. Wir sehen Sie auf einem guten Weg, werden ihre Arbeit im Auge behalten und die heute gegebenen Informationen für unseren Schlussbericht aufarbeiten. Ich danke den Zuhörern für ihre lange Geduld, ich glaube aber, dass es sich gelohnt hat. Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Ende: 16:45 Uhr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gitta Connemann', with a long horizontal flourish extending to the right.

Gitta Connemann MdB  
Vorsitzende